

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . Kč 18.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Oesterreichs Verflawung.

Vor eineinhalb Jahren haben die Entente-regierungen ihre Verpflichtung, den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft durch einen großen Kredit möglich zu machen, anerkannt, und die Anleihe feierlich versprochen. Aber die Mühen des Völkerbundes mahlen langsam und erst jetzt, da die österreichische Krone einen nie geahnten Tiefstand erreicht hat, da inzwischen die österreichische Arbeiterschaft den fürchterlichsten Leiden preisgegeben war, ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die die Bedingungen enthält, unter denen Oesterreich eine Anleihe von 650 Millionen Goldkronen erhalten soll, besser gesagt, unter welchen Bedingungen England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei die Garantie für den größten Teil des Betrages, der vom internationalen Finanzkapital Oesterreich zur Verfügung gestellt werden soll, übernehmen. Wenn Oesterreich auf diese Bedingungen eingeht — und es scheint, daß ihm keine andere Wahl übrig bleibt — dann ist es um den letzten Rest seiner politischen Selbständigkeit und seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung geschehen.

Um zu dem Schaden auch noch den Spott zu fügen, erklären die vier kreditgewährenden Mächte feierlich, daß sie die Unabhängigkeit, Unverletzlichkeit, Souveränität, und wie alle die schönen Worte aus der Sprache der Diplomatie lauten, anerkennen, und sie billigen auch in wirtschaftlicher Beziehung Oesterreich die „volle Freiheit in allen Fragen der Zolltarifs, der Handels- und Finanzabkommen“ zu. In Wirklichkeit aber sind die langatmigen Bestimmungen, zu denen Oesterreich sich verpflichtet muß, das Gegenteil der Unabhängigkeit, der Souveränität, der „vollen Freiheit“ dieses ärmsten aller Staatsgebilde.

Man könnte nicht viel dagegen einwenden, daß die Verwendung des Anleihebetrages, den das europäische Bankkapital Oesterreich gewährt, der Kontrolle eines zu ernennenden Generalkommissärs beziehungsweise einer Kommission unterliegt, in der die vier genannten Staaten vertreten sind. Es ist nichts darüber zu reden, daß die österreichische Regierung veranlaßt werden soll, ein Reformprogramm auszuarbeiten, damit in zwei Jahren das bauernde Gleichgewicht im Budget hergestellt wird. Die Regierung Seipel braucht sich da nur an das sozialdemokratische Finanzprogramm zu halten, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, und unsere österreichischen Genossen haben diese Notwendigkeit immer und immer gepredigt. Es ist nur recht und billig, daß Oesterreich weiterhin kein Papiergeld ausgeben darf, wenn es in die Lage versetzt wird, in den zwei Jahren des Ueberganges, bis zu der Zeit, da es aus eigenen Kräften Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringen kann, fortzuwirtschaften, daß die Eisenbahn-, Post- und Telegraphentaxen sowie die Verkaufspreise der Monopolartikel dem fallenden Geldwerte angepaßt werden, weil dies ein ökonomischer Prozeß ist, der sich ohnehin vollziehen würde. Daß eine Kontrolle über das verwendete Geld auch darin besteht, daß der Kontrollkommission alle Belege über Staatseinnahmen und Ausgaben vorgelegt werden, ist ebenso nicht verwunderlich. Eine Reihe anderer Bestimmungen des Vertrages jedoch verfahren mit dem Lande wie mit einem altrömischen Sklaven.

Zur Sicherstellung der Bezahlung der Zinsen und Annuitäten dienen die Ertragnisse der Zölle und des Tabakmonopols. Falls diese ungenügend sein sollten, kann die Kontrollkommission auch die Ueberweisung anderer Einnahmequellen verlangen, mit anderen Worten, jede Einnahme, die Oesterreich hat, kann von der Kontrollkommission beansprucht werden. Die österreichische Regierung und das österreichische Parlament verlieren mit einem Federstrich das Verfügungsrecht über die Staatseinnahmen, das Budgetrecht, eines der wichtigsten Rechte des Parlamentes, wird faktisch aufgehoben. Politisch noch bedenklicher ist jedoch die Tatsache, daß die österreichische Regierung verpflichtet wurde, dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, „der jede Regierung

Neue Verschlimmerung im Osten.

Größter Pessimismus in London.

London, 6. Oktober. (Reuter.) Nach britischer amtlicher Ansicht ist die Lage als sehr ernst anzusehen. Ein vollständiger Stillstand ist eingetreten. Die britische Regierung spannt jedoch jeden Nerv an für die Aufrechterhaltung des Friedens und für die Erhaltung der vollen Uebereinstimmung unter den Alliierten. Keinerlei neue Instruktionen sind aus London abgefaßt worden. Dagegen ist Konstantinopel über Lord Curzon's heutige Abreise nach Paris unterrichtet worden. Das Ergebnis der Pariser Besprechungen wird abgewartet werden. Die Lage wird amtlich dahin umschrieben, daß die Türken mehr verlangen, als ihnen schon versprochen worden ist, und gleichzeitig keineswegs die erforderlichen Bürgschaften geben wollen.

Erhöhte Forderungen der Türken. — Eine französische Intrigue?

London, 6. Oktober. (Amittliches Radio.) Gegenstand der Konferenz von Mudania war, den türkischen Rückzug aus der neutralen Zone gleichzeitig mit dem Rückzug der Griechen aus Thrazien hinter die Maritimalie sicherzustellen. Die Vertreter der türkischen Nationalisten sind aber diesen grundlegenden Forderungen ausgewichen und brachten eine Reihe politischer Vorschläge vor, welche mit der Konferenz von Mudania nichts gemeinsam haben. Aus einem Vorschlag Ismed Paschas ging hervor, daß er trotz aller Forderungen, denen entsprochen wurde, die alliierten Truppen doch anzugreifen würde. Diese Erklärung Ismed Paschas steht selbstverständlich im vollkommenem Gegensatz zu der kürzlichen Erklärung Mustafa Kemal Paschas. Als die Türken die Tatsachen nicht zu begreifen schienen, über welche die Konferenz von Mudania verhandeln sollte, war ein weiteres Verhandeln zwecklos.

Es sind genügend Anzeichen dafür, daß die Türken als sie die neuen Forderungen stellen, dazu durch die Stellungnahme und die Ansichten, die von Franklin D. Roosevelt vertreten wurden, ermuntert wurden. Da aber die türkischen Forderungen dem festgesetzten gemeinsamen Uebereinkommen, das vor 14 Tagen von Poincaré, Curzon und Esforja unterzeichnet

wurde, zuwiderlaufen, wird allgemein angenommen, daß der französische Vertreter gesprochen hat, ohne dazu von der französischen Regierung bevollmächtigt zu sein. Man setzt voraus, daß die französische und die italienische Regierung den neuen türkischen Forderungen nicht nachgeben und auf die gemeinsam getroffenen Abmachungen nicht verzichten werden.

Englischer Ministerrat.

Paris, 6. Oktober. (Havas.) Nach einer Meldung aus London hat der Ministerrat die Prüfung der Orientfrage fortgesetzt. Den offiziellen Kreisen nahestehende Persönlichkeiten schildern die Situation als sehr schwierig und ernst. Curzon ist heute um 2 Uhr nachmittags zu einer Konferenz mit Poincaré abgereist.

Berichte von russischen Hilfsanträgen an Athen.

London, 6. Oktober. (Paras.) „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel, der Sowjet-Vertreter in Angora habe den hiesigen Führern bekanntgegeben, daß Sowjetrußland bereit sei, sich militärisch und diplomatisch an die Seite der Kemalisten zu stellen. Zugleich soll er namens Rußlands das Anerbieten gemacht haben, die türkischen Truppen nach Thrazien zu übersehen.

Die Anleihe an Oesterreich.

Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 6. Oktober. (Tsch. P.-B.) Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs beruft für Samstag, den 14. Oktober einen Parteitag nach Wien ein, um zu den Genfer Protokollen Stellung zu nehmen. Zur Begründung heißt es in der heutigen „Arbeiterzeitung“, die Arbeiterschaft stehe vor der sehr baren Wahl, entweder die Genfer Vereinbarung anzunehmen und damit die Freiheit Oesterreichs und das Selbstbestimmungsrecht preiszugeben, die Finanzwirtschaft der Willkür eines ausländischen Diktators auszuliefern oder aber die Genfer Vereinbarungen abzulehnen und sich den schwersten wirtschaftlichen Ge-

... bevollmächtigt, ohne neuerlich an das Parlament heranzutreten zu müssen. . . alle Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrer Meinung notwendig sind, um . . . das budgetäre Gleichgewicht herzustellen.“ Das bedeutet nichts weniger, als daß das Parlament zwei Jahre lang, — für diese Dauer ist die Verfügung berechnet — vollständig ausgeschlossen wird, daß die jetzige Regierung, die unter dem Diktat der ausländischen Kontrollkommission steht, schalten und walten kann, wie sie will, daß das Parlament in allen wichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen einfach beiseite geschoben ist. Von welchem Geiste die Garantien erfüllt sind, lehrt übrigens die Bestimmung, daß die österreichische Regierung „alle Vorjorge zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ zu treffen hat, das heißt, die christlichsoziale Regierung Seipel kann ein Polizeiregime der ärgsten Art einrichten, welches sie durch den Hinweis auf die Kontrollkommission rechtfertigen kann.

Wenn je das Sprichwort „Falsch Vogel oder stich!“ sich bewahrheitet hat, dann ist es an diesem Beispiel. Oesterreich soll all diese Bedingungen, die seiner wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit ein Ende setzen, annehmen oder es soll zugrundegehen. Zwischen politischer Verflawung oder wirtschaftlichem Verkommen steht

sahren auszugehen, die schwersten wirtschaftlichen Opfer auf sich zu nehmen. Von der Entscheidung der Arbeiterklasse kann die ganze Zukunft der Republik, die ganze Zukunft der Arbeiterklasse abhängen. Eine Entscheidung von so ungeheurer Tragweite kann nur von der Gesamtheit der Vertrauensmänner der Arbeiterklasse gefällt werden.

Die Schweizer Arbeiter gegen die Kreditbedingungen.

Bern, 6. Oktober. (Schweiz. Dep.-Ag.) Die kommunistische Nationalratsfraktion erklärt in einem Schreiben an den Bundesrat, daß sie die Bedingungen, unter denen die Hilfsaktion für Oesterreich gewährt werden soll, als einer Demokratie unwürdig, nicht billigen könne. Ebenso machten die Sozialdemokraten Vorbehalte wegen dieser Bedingungen.

Oesterreichs Wahl. So ist das vorgelegte Abkommen eine Fortsetzung der Politik der Westmächte seit dem Kriege, der Gewaltfriedensschlüsse, die die politische und wirtschaftliche Unterjochung der Besiegten durch den Sieger bedeuten.

Aber die geschichtliche Dialektik bewirkt es, daß die politische Entwicklung oft andere Wege geht, als ihr mächtige Sieger vorzuschreiben vermeinen. Wird Oesterreich durch die große Anleihe, die es bekommt, gelöst werden, dann ist es unmöglich, einem wirtschaftlich kräftigen, gesunden Volk auf die Dauer seine politische Freiheit und seine Selbstbestimmung vorzuenthalten. Es gibt kein Erz, aus dem man Sklavensketten für immer und ewig schmieden könnte, und der Geschichte ehernes Ruß, die ökonomisch-soziale Entwicklung hat schon manche Sklavensketten gebrochen, die für die Ewigkeit geschmiedet schienen. Die Einsicht in die Geschichte, der Glaube an die Veränderlichkeit aller Dinge wird auch das österreichische Volk und vor allem Oesterreichs Arbeiterschaft aufrichten, der Glaube an eine bessere Zukunft wird sie stark machen, ihren Kampf zu führen gegen eine Gesellschaftsordnung, in der brutale Sieger die wirtschaftliche Not eines Volkes zu dessen politischer Verflawung benötigen.

Sowjetrußland, die Randstaaten und die Kleine Entente.

Von Dr. Elias Hurwicz.

Die neue Staatenwelt, die sich auf den Trümmern der beiden größten Reiche des vorkriegsrischen Osteuropa — Rußlands und Oesterreich-Ungarns — erhoben hat, befindet sich seit ihrer Entstehung bis in die Gegenwart hinein in unaufhörlicher Fluktuation. Es wechseln fortwährend die Verhältnisse der neuen Staaten zu einander und zu den sie umgebenden Staaten. Welche endgültige Gestalt diese Verhältnisse, die auf Jahrzehnte hinaus das Gesicht des neuen Europa charakterisieren werden, annehmen werden, läßt sich zur Zeit noch gar nicht absehen. Aber eben deshalb ist es die Aufgabe des politischen Schriftstellers unserer Tage, das wechselnde Bild fortwährend zu verfolgen, um doch neue Etappen, Entwicklungsstadien festzustellen, die zu jenem verschleierte Bild der Zukunft hinführen.

Das Besagte gilt ganz besonders, wenn wir die beiden größten Problemmomente des neuen Osteuropa — das Verhältnis Sowjet-Rußlands zu den Randstaaten und weiterhin zur sogenannten Kleinen Entente — ins Auge fassen. Schon innerhalb der kurzen Zeitspanne, die uns von der Genueser Konferenz trennt, scheinen sich hier bedeutsame Umformungen vollzogen zu haben. Wir müssen uns daran erinnern, daß kurz vor Genua von den russischen Randstaaten Polen, Finnland, Estland und Lettland eine „Quadruple-Vereinbarung“ geschlossen wurde, kraft deren die Randstaaten, in erster Linie Finnland, im Falle polnisch-russischer Komplikationen, Polen auch dann zur Hilfe kommen sollten, wenn diese Komplikationen nicht von Rußland heraufbeschworen würden. Diese Vereinbarung wirkte sich voll auf in das bis dahin gewohnte Bild von Abwehrkoalitionen der Randstaaten mit einer deutlichen Spitze gegen Sowjetrußland. Dann aber, kurz vor Eintreffen der russischen Delegation in Genua, wurde die Welt von der Nachricht überrascht, daß die russischen Randstaaten, Polen miteinbegriffen, in Form eines „Protokolls“ übereingekommen seien, „zum Zweck der Stabilisierung des Friedens in Osteuropa“ auf der Genueser Konferenz nach der gleichen Richtung hin aufzutreten. Alle Welt empfand dies als eine Wendung in der bisherigen Politik dieser Staaten im Verhältnis zueinander. Und dies war es auch. Freilich, als das Verhältnis zwischen Frankreich und Sowjet-Rußland auf der Genueser Konferenz immer gespannter wurde, beeilte sich Estland, den verbindlichen „Protokoll“ Charakter der letzten Vereinbarung mit Sowjet-Rußland zu unterstreichen. Allein die übrigen Kontrahenten dieses „Protokolls“ sind bisher seinem Geiste treu geblieben. Bereits Mitte Mai mußte Finnland das Ministerium Bannola stürzen, weil der finnische Sejm sich vor den Konsequenzen jener Warschauer Quadruple-Vereinbarung fürchtete, die Finnland, wie wir eingangs sehen, sehr dehnbare internationale Beziehungen auferlegte. Nach den neuesten Nachrichten aus Helsingfors hat aber der neue finnische Sejm die Ratifikation des Abkommens endgültig abgelehnt. Er verheißt dabei auch nicht, den andern drei Kontrahenten mitzuteilen, daß seiner Ansicht nach, „die Aufgabe der Aufrechterhaltung des Friedens am besten erfüllt sein werde, wenn jeder Staat die Freiheit des Handelns behalten werde.“ Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Sowjet-Rußland sich keine bessere Antwort, keine bessere Lösung des Problems wünschen kann. Sowjet-Rußland ist natürlicherweise jede Koalition der Randstaaten schon als solche verdächtig. Und wenn die Randstaaten selber von der Politik der Koalitionen, die ja naturgemäß in erster Linie Abwehrkoalitionen gegen Sowjet-Rußland sind, sich abwenden, so ergibt sich hierbei ohne weiteres eine Basis zur gemeinsamen Verständigung. Der beste Beweis dafür ist eben auch die Einberufung der Abrüstungskonferenz zwischen Sowjet-Rußland und den Randstaaten in Moskau, zu der diese, mit Ausnahme eines Staates, von dem gleich die Rede sein soll, die Einladung angenommen haben, die doch nur möglich geworden ist, weil offenbar von beiden Seiten der Verständigungs- und der Friedenswille schließlich doch als der kräftigste Faktor gegenseitiger Beziehungen sich mit der Zeit entwickelt hat.

Der Staat, der die Einladung zur Abrüstungskonferenz abgelehnt hat, ist Rumänien. „Rumänien könnte“ — so äußerte sich der Berliner rumänische Gesandte gegen Litwinow — „nur in dem Falle an der Abrüstungskonferenz teilnehmen, wenn die heutige russisch-rumänische Grenze von der Sowjetregierung anerkannt würde.“ Einfacher gesprochen: wenn die Annexion Bessarabiens durch Rumänien von Sowjet-Rußland gutgeheißen würde. Dies ist aber eine be-

wachte unmögliche Bedingung — das weiß Rumänien, seitdem es zwischen seinen Vertretern und Tschitscherin in Genua wegen Bessarabiens zu einem erbitterten Zusammenstoß gekommen ist. Hier, in dieser Haltung Rumäniens, liegt aber auch jener Punkt, durch den das Problem der russischen Randstaaten in das Problem der Kleinen Entente hineinragt und das Verhältnis Sowjet-Rußlands zu dieser letzteren bestimmt. Ganz besonders charakteristisch und zweifellos auch für die Stimmung der Sowjetregierung beziehungsweise in dieser Beziehung die Kommentare, mit denen das Berliner bolschewistischenfreundliche Organ „Nakanune“ das jüngste Marienbader Abkommen begleitet. Einer der Punkte dieses Abkommens lautet, daß auf ihm abermals „die Notwendigkeit eines solidarischen Auftretens in allen Fällen unterstrichen wurde, in denen die gemeinsamen Interessen der auf der Konferenz vertretenen Staaten bedroht sein sollten.“ — „Was bedeutet hier Bedrohung der gemeinsamen Interessen?“, fragt das Blatt. „Kann nicht darunter auch die permanente Weigerung Sowjet-Rußlands, die Annexion Bessarabiens durch Rumänien, also einen Teilnehmer der Konferenz, anzuerkennen, verstanden werden?“ Das Blatt sucht sich allerdings durch einen anderen Punkt des Abkommens zu trösten, der namentlich die Militärkonvention zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien betrifft. Diese Konvention sieht, nach der offiziellen jugoslawischen Erklärung, eine gegenseitige Hilfe vor „im Falle des Ueberfalls auf einen der Vertragsstaaten zwecks Niederwerfung der bestehenden Ordnung oder Verletzung der Friedensverträge.“ In der Tat muß man so argumentieren: gilt diese Bestimmung schon im Verhältnis der beiden Kernstaaten der Kleinen Entente, so muß sie erst recht gegenüber Rumänien gelten. Immerhin stimmt der Mangel einer ausdrücklichen restriktiven Auslegung gegenüber Rumänien die Sowjetkreise nachdenklich. Und dadurch ergibt sich auch, im Gegensatz zu dem jüngsten Verhältnis zu den nördlichen Randstaaten, ein ängstlich vorichtiges Verhältnis zur Kleinen Entente. Nicht zu deren einzelnen Teilnehmern, wohl aber zu ihrem Bündnis mit Rumänien. Denn wie gesagt, Abwehrbünde, auch nur eingetragene, vertragen Sowjet-Rußland sehr schlecht. Immerhin, das läßt der Offiziosus durchblicken, eine Klarheit in diesem Punkte würde auch hier den Weg ebnen.

Inland.

Die neue Regierung ist noch immer nicht ernannt. In letzter Stunde sind neue Schwierigkeiten aufgetaucht, die von den tschechischen Nationalsozialisten ausgehen, weil sie mit den ihnen zugeordneten Ministerien nicht zufrieden sind. Es muß recht heiß hergehen, denn der „Venkov“ weiß sogar zu melden, daß Svehla über die von den Nationalsozialisten angezettelten „Intriguen“ so erbost ist, daß er noch im letzten Augenblick von seiner Mission der Kabinettsbildung zurücktreten will. Gestern erklangen in den Zeitungen noch Gefänge zum Lobe der „nationalen Solidarität“ und heute tracht diese Solidarität schon in allen Fugen. Es ist wohl anzunehmen, daß die Kabinettsbildung mit Ach und Krach doch noch zustande kommt, aber das Schauspiel, das die Geschichte der Neubildung der Regierung der Welt bot, die doch in nichts anderem als in dem Austausch einiger Personen besteht, war ein so beschämendes, daß den Lobhudlern der „nationalen Koalition“ das Lob in der Hölle steden bleiben müßte.

Eine Indiskretion und ihre Folgen. Wie der gestrige „Redernil Prava Lidu“ mitteilt, soll

Svehla darüber außerordentlich verstimmt gewesen sein, daß die „Marodni Politika“ die von ihm persönlich zusammengestellte Kandidatenliste veröffentlicht habe. Diese war als Basis der Verhandlungen gedacht und nur den Mitgliedern der „Polska“ bekannt. Das Blatt fügt hinzu: „Man schließt deswegen auf die Intrige einer Partei, welche die Rekonstruktion erschweren, wenn nicht vereiteln wollte. Daß sich die „Mar. Politika“ zu dieser Intrige hergegeben hat, übersteigt allerdings nicht, denn sie ist ein nationaldemokratisches Blatt und schon deshalb hat sie eine besondere journalistische und politische Moral.“ — Der gestrige „Venkov“ berichtet, der Abgeordnete Svehla werde dem Präsidenten Masaryk den Vorschlag machen, es möge mit der Errichtung der neuen Regierung irgendjemand der tschechischsozialistischen Politiker betraut werden. Dies würde wahrscheinlich Senator Kofas sein.

Kommunistisches Klagebuch. Auf der Kreis-Konferenz der kommunistischen Partei des Reichsberger Kreises, die am Sonntag in Maffersdorf abgehalten wurde, hielt der Abg. Alois Neurath eine Rede, die den Niedergang der kommunistischen Partei deutlich veranschaulicht. Er erzählt, daß nach ungeheuren Schwierigkeiten eine internationale Organisation der Partei geschaffen wurde, wozu es auf das organisatorische Gefüge und auf den guten Willen der führenden Vertrauenspersonen ankommt. Das „organisatorische Gefüge“ und der „gute Wille“ sind also in Ordnung, aber leider sonst nichts, denn Neurath muß beklagen: „Praktisch haben wir bis jetzt wenig geleistet.“ Das „organisatorische Gefüge“ und der „gute Wille“ haben also nicht genügt und Herr Neurath muß wohl oder über eingestehen, daß seine Partei von allen Verprechungen bisher auch nicht eine zu erfüllen vermochte. Aber selbst das „organisatorische Gefüge“ scheint alles eher als gut bestellt gewesen zu sein, denn man erfährt, die Kommunisten konnten wenig leisten, weil der Apparat der Partei nur insoweit gut war, daß die administrativen Aufgaben erledigt werden konnten, aber im Sinne jener Grundsätze, die auf dem Zweiten und Dritten Weltkongreß festgelegt wurden, „konnte dieser Apparat noch nicht gehandhabt werden.“ Es ist also doch der „Apparat“ und das „organisatorische Gefüge“, welche die Schuld am Vergehen der kommunistischen Partei tragen. Man erfährt aus Neuraths Rede aber noch mehr über den Zustand der Partei: diese könne, so klagte er herzbewegend, solange keine wirkliche kommunistische Partei sein, solange nicht der größte Teil ihrer Mitglieder die Grundsätze der Disziplin nicht nur theoretisch anerkennt, sondern auch entschlossen ist, sie in der Praxis zu schützen. Insofern bleibe die kommunistische Partei nur dem Namen nach eine kommunistische Partei. Daraus ist zu entnehmen, daß der „größte Teil der Mitglieder“ keine Disziplin halten will und daß daher die Partei „nur dem Namen nach“ eine kommunistische Partei ist, was gewiß eine bemerkenswerte Feststellung ist. Neurath macht dann noch einmal das Geständnis: „Wir sind den Aufgaben, vor denen wir stehen, nicht gewachsen und können sie nicht lösen“, aber es soll doch wenigstens in Zukunft besser werden, und er erklärt es als „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“, eine Organisation zu schaffen, die „jeder ernst nehmen muß.“ Neurath hat recht: bisher konnte man die kommunistische Organisation nicht „ernst nehmen“, aber das gilt nicht nur von der Organisation. Seine Hoffnung: „man wird uns ernst nehmen, wenn man weiß, daß diese kommunistische Partei nicht nur dem Namen nach eine kommunistische Partei ist,“ wird sich als trügerisch erweisen, denn wenn Neurath findet, daß man die kommunistische Partei bisher nicht ernst nehmen konnte, wie soll dies bei der allgemeinen Abwirtschaft der bolschewistischen Weltlehre in der Zukunft der Fall sein?

Auf das Klagebuch des Herrn Neurath kann man nur sagen: das ist der Schmerzensschrei derselben Leute, die noch vor kurzem täglich dreimal die Sozialdemokratie marfotet sagten!

Die unschuldigen Lämmlein aus dem grünen Lager. Die deutschen Agrarier freuen sich in ihrem Zentralorgan, der „Deutschen Landpost“, wie die Schneeflocke darüber, daß wir jüngst die hohen Verbräucha abgaben als Haupt Hindernis des Preisabbaues hingestellt haben. Früher, so erzählt die Landpost, haben die Sozialdemokraten stets die Agrarier als die Schuldigen an der Teuerung hingestellt, jetzt kommen sie endlich zur Erkenntnis, daß die Agrarier fromme Lämmlein sind, und nur der Staat der Sünder ist, der die Teuerung herbeiführt. Wir können die Landpost dahin beruhigen, daß uns die Agrarier selbst immer wieder Gelegenheit bieten, ihr hemmungsloses Streben nach Profit aufzuzeigen. Die handelspolitische Zentralstelle der Landwirtschaft, also Kreise, die der Landpost sehr nahe stehen, hat jüngst eine Beratung abgehalten, in der — die deutschen Agrarier gehen in der Hinsicht mit den tschechischen Agrariern trotz der blutrünstigen Reden von Krepel und der nationalen Artikel von Spina Hand in Hand — die Forderung nach einem Getreide- und Mehlzoll aufgestellt wurde, der sechsmal so groß sein soll, wie der Friedenszoll. Darnach würde ein Kilogramm Mehl um 90 Heller verteuert werden, welcher Extraprofit in die Taschen der Freunde der Landpost fließen würde. Wir werden diese Machinationen der Agrarier immer und immer wieder aufzeigen und bedauern daher sehr, daß wir nicht in der Lage sind, die freundschaftlichen Gefühle, die die Landpost plötzlich für die Sozialdemokraten in ihrem Busen entdeckt hat, zu erwidern.

Genosse Stivin über das Verhältnis der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie. Vorgestern sprach in einer Versammlung in Auniggrätz, Abg. Genosse Stivin. Er kam auch auf das Verhältnis der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie zu sprechen, worüber er unter anderem sagte: „Auf die deutsche Sozialdemokratie blieb der sprichwörtliche Nürnberger Trichter“ nicht ohne Einfluß und in ihren Reihen zeigen sich Bestrebungen einer vernünftigeren Betrachtung der Dinge bei uns, teils unter dem Eindruck der Vereinigung in Deutschland, welche die Voraussetzung für eine einheitliche internationale ist, ferner unter der Einwirkung der schweren Wirtschaftskatastrophe. Aber es gibt auch andere Zeichen, daß die Gemeinschaft der demokratischen Sozialisten in der Republik auf dem Marsche ist. Am Sonntag finden in der ganzen Republik der tschechoslowakischen und deutschen sozialdemokratischen Jugend zusammen mit den tschechoslowakischen Sozialisten statt. Die deutsche und tschechische Gewerkschaftszentrale sowie die Gewerkschaftszentrale der tschechischen Sozialisten sind in heter Beziehung und haben schon eine Reihe erfolgreicher gemeinsamer Aktionen durchgeführt. Einige Gewerkschaftsverbände arbeiten bereits direkt für die Vereinigung tschechischer und deutscher Organisationen in einen Verband. Wir sind überzeugt, daß es zu einer größeren Annäherung und mit der Zeit auch zu einer Vereinheitlichung im Lager der Arbeiterschaft bei uns kommen wird, was aber nur möglich ist auf Grund einer gemeinsamen idealen Grundlage, welche uns die Demokratie, die republikanische Staatsform, der Klassenkampf und die internationale Solidarität ist. Aber die proletarische Einheit ohne Programm mit bloßen Phrasen aufbauen wollen, bringt in die Arbeiterschaft noch größere Verwirrung. Eine so geschaffene Einheit würde gerade in den Augenblick geraden, da sie ihre Kampffähigkeit zeigen sollte, weil sie keine einigende Gedanken enthielte.“

Die Spionageaffäre in der tschechoslowakischen Armee. Zu der von uns bereits gebrachten

diesbezüglichen Notiz bequemt man sich nun, amtlich folgende detaillierte Darstellung des Sachverhaltes zu veröffentlichen: Die Militärbehörden hatten bemerkt, daß der Inhabt vertraulicher Dokumente des Landeskommandos in Brünn einer fremden Mission in Prag mitgeteilt wird. An kurzer Zeit gelang es, dem Leutnant Georg Rowalowski, Ordnanzoffizier beim Militärabkommando, in Brünn als jene Person zu eruiieren, die diese Dokumente verriet, worauf Leutnant Rowalowski auf Befehl des Landeskommandanten verhaftet und dem Divisionsgerichte in Brünn eingeliefert wurde. Durch weitere Forschungen der Zivilbehörden wurde Karl Schwabe aus Brünn, absolvierter Jurist der deutschen Universität in Prag, ausgeforscht und des Landesstrafgerichte in Brünn überliefert. Beide führten ihre Spionage in der Weise aus, daß Rowalowski, bei welchem ein Abdruck des Schlüssels vom Schreibtisch des Landesmilitärkommandanten und ein Nachschlüssel gefunden wurde, der zum Schreibtisch des Vorstandes der Operationsabteilung paßte, die vertraulichen Meldungen dem Schwabe lieferte, der sie dann dem Legationssekretär der ungarischen Gesandtschaft in Prag J. Babinovz verkaufte. Das Geld, das Schwabe dafür erhielt, teilten die beiden genannt in der Hauptsache die Tat. Das Strafverfahren ist eingeleitet.

Eine Protestversammlung gegen den Abbau der Staatsbeamtengehälter. Vorgestern fand auf der Sophieninsel eine gemeinsame Rundgebung von Staats-, öffentlichen und Eisenbahnangestellten statt, um gegen die von der Regierung beschlossene Gehaltsreduzierung zu protestieren. In der von der Versammlung angenommenen Resolution heißt es u. a., daß sich die Versammelten gegen die Einschränkung ihrer Erntung mit allen Waffen, die ihnen in ihrem Verzuweilungskampfe werden in die Hand gedrückt werden, zur Wehr setzen werden.

Der Kampf der Arbeiterjugend.

Krise und Arbeitslosigkeit erschüttern das Wirtschaftsleben dieses Staates auf das schwerste. Ueberall geht die Unternehmerrchaft mit den schärfsten Mitteln gegen die Arbeiterschaft vor, sucht sie ihr die geringen Ertrüngenheiten wieder zu entreißen. Gewaltiger Kampfanstrengung des Proletariates bedarf es, um die ärgsten Ausfälle des internationalen Unternehmertums abzuwehren und um die Regierung zum Handeln zu bringen.

In dieser Zeit der größten Kräfteproben zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft, in der Zeit, wo sich die Wiedererstehung der kapitalistischen Ordnung besonders froh erweist, tritt auch die Arbeiterjugend dieses Staates wieder mit ihren Forderungen auf den Plan. Die Forderungen nach dem Jugendurlaub und nach einer zeitgemäßen Reform der Fortbildungsschule sind es, die sie vor allem erhebt.

Es drängt sich die Frage auf, ob jetzt gerade die richtige Zeit dafür ist, diese Jugendforderungen zu erheben. Denn angesichts der gewaltigen Probleme, um deren Lösung sich das gesamte Proletariat bemüht, erscheinen die Sorgen der Arbeiterjugend recht klein. Und doch sind sie es nicht, denn von ihrer Lösung hängt nicht zuletzt die Zukunft des Proletariates ab. Ein kampffähiges, kampfbereites Proletariat ist notwendig, um die Kämpfe der Zukunft siegreich zu beenden.

Die Arbeiterjugend braucht den Jugendurlaub. Sie braucht Zeit zur Erholung und Kräftigung, da schrankenlose Ausbeutung sie hart bedrückt. Wenn man die Jugendbildung sieht, die an der Werkbank stehen, die hinter dem schwerbeladenen Strohwagen einherleuchten, wenn man

Das Ende des Theaters.

Von Felix Stössinger (Berlin).

Das Berliner Theaterjahr hat wie gewöhnlich im September begonnen, und zwar gleich mit einer Taikraft, als ob wirklich das noch am Leben und lebensberechtigt wäre, was man in den vergangenen Zeiten einer bürgerlichen Kultur so höllisch ernst genommen hat. Nicht weniger als vier Theater sind bis zum heutigen Tage neu eröffnet worden. Was sie spielen, wovon sie leben werden, ist allen denen ein Rätsel, denen auch ein Rätsel, womit die anderen dreißig Berliner Theater ihre Repertoire und ihre Kassa füllen sollen. Während das alte bürgerliche Theater zugrunde geht und nach und nach in den Rang gewöhnlicher Unterhaltungsstätten hinabsinkt, entstehen immer neue Bühnen, und die blinde Offenheit wird weiter mit dem Schein eines Lebens getäuscht, das tatsächlich immer weniger besteht.

Schon die alten Berliner Theater wissen seit Jahren nicht, was sie spielen sollen. Vor dem Kriege gab es noch die Affluen von literarischen Bühnen, womit man jene Theater bezeichnete, die alte oder neue Dramen aufstufen. Der Krieg hat dieser Affluen ein doppeltes Ende bereitet. Das Publikum, das für das große klassische Drama in Frage kam, existiert nicht mehr, und der Anspruch des Lebens an unsere ganze Existenz ist zu groß, als daß sich noch genügend Menschen bereit finden sollten, jene Lächerlichkeit mit viel Geld zu bezahlen, die unter dem Namen einer sogenannten jungen Generation, oder wie sich sonst die Impotenten bezeichnen, Literatur moekiert. Schon vor dem Kriege war das Mißverhältnis zwischen den dramatischen Gestaltungen der Bühne und denen des Lebens kaum zu ertragen.

Jetzt hat das Leben alle Konkurrenzversuche des Theaters erschlagen. Gerade die Kunst, die das Leben am meisten nachahmt, indem sie sprechende und handelnde Menschen auftreten läßt, hat das Drama, das vom Leben ausgeht, nicht ertragen können. Das Gefühl der Nichtigkeit vor all diesen Dingen mit individuellen und zufälligen Konflikten ist zu groß, angesichts der Tragödie der Menschheit, die einen Erdteil zermalmt hat, und jetzt in ihrem zweiten Teil, einen zweiten Erdteil, Affen zur handelnden Person zu machen beginnt.

Gewiß kann die wirklich große Kunst niemals vom Leben verdrängt werden. Aber das Theater bietet ja fast niemals große Kunst, und sofern diese Absicht besteht, scheitert sie an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Bezeichnend ist die Tatsache, daß die Direktion Hollaender es im Vorjahr nicht gewagt hat, die geplanten Shakespeariischen Königsdramen zu spielen, weil die Kosten der Regie dem neuen Publikum gegenüber zu riskant waren.

Die Kosten für jede neue Inszenierung waren schon vor dem Kriege so groß, daß das kapitalistische Theater zum Serienpiel gezwungen war. Die Rezitierung der Wirtschaft hat jetzt selbst dieses Mittel, am Leben zu bleiben, für die Berliner Theater in Frage gestellt. Vor dem Kriege konnte ein neues Stück einen ganzen Winter oder wenigstens einen halben gegeben werden. Die einmaligen Ausgaben für eine große Inszenierung amortisierten sich in einem Spieljahr. Viele Publikumserfolge blieben jahrelang auf dem Spielplan. Der Kreis der Theaterbesucher war eben so groß, daß ein bekannter Erfolg immer neue Besucher ins Haus zog und die Spielzeit eines Stückes unüberdacht verlängerte.

Die Proletarisierung riesiger Massen, die vollständige Verelendung des geistigen Mittel-

standes hat das Theaterpublikum derart verkleinert, daß kein Theater mehr mit solchen Erfolgen rechnen kann. Auch die erfolgreichste Operette hält sich keine ganze Saison mehr.

Noch schlimmer ist es mit den Erfolgen dichterischer Stücke. Während in früheren Jahren manche großen dramatischen Werke so oft wie Operetten gegeben werden konnten, ganz gleich ob Sensationsregie oder Starpopularität mithil, haben sich schon im letzten Jahre starke und populäre Werke nicht einmal kurze Zeit halten können, wie etwa die sehr interessante Aufführung der Jungfrau von Orleans im Deutschen Theater. Die Theater werden durch die wirtschaftlichen und entgeistigten Verhältnisse ganz von selbst dazu gedrängt, nur noch das zu geben, was einer großen Masse behagt. Der Weg der deutschen Bühne zum Trick- und Zingeltangestück hat begonnen. Keine historische Erinnerung, kein Weimar und kein Baruth werden imstande sein, den Gang dieser Entwicklung zu beeinflussen. Die Richtung führt zum englisch-amerikanischen Theater, zur Beherrschung des Spielplans mit Revuen, Tanzoperetten, Feen- und Pantomastassen, und das eigentlich dramatische Theater wird nur noch ein Objekt für Starläufe und Primadonnenexperimente sein.

In welchem Tempo sich diese Entwicklung vollziehen wird, ist natürlich schwer vorzusagen; auf die Zeit kommt es außerdem hier wie irgendwo anders nicht an. Einen gewissen Widerstand wird die Tradition der Theater, der Ehrgeiz von Direktoren und künstlerisch interessierten Kapitalisten leisten. Aber gewiß nicht lange.

Die Auflösung des Theaters hat bereits begonnen, und der Zustand, der in Zukunft ein allgemeiner sein wird, ist im wesentlichen schon vorhanden. Wirtschaftlich drückt sich das in schein-

bar entgegengesetzten Erscheinungen aus. Von außen werden die Theater immer mehr zusammengeflochten. Die Not zwingt zur Vertrustung als einer Vorstufe der Sozialisierung. Die Direktion Hollaender besitzt drei Bühnen, die Direktion Reinhard-Bernauer drei, die Direktion Robert vier, Jehner sucht dem Stadttheater eine zweite Bühne anzuschließen. Gleichzeitig löst sich das Theater nach innen in Atome auf. Ein Ensemble gibt es nicht mehr und wird es sobald nicht mehr geben. Eine Ensemblebildung bringt es mit sich, daß das Theater Kräfte bezahlt, die nur für bestimmte Rollen gebraucht werden oder auch bedeutende Künstler, die monatlang infolge eines Serienerfolges eines Stückes, in dem sie nicht beschäftigt sind, müßig bleiben. Welches Theater könnte sich heute den Luxus unbefähigter Mitglieder leisten, wo die Einnahmen kaum die Unkosten der beschäftigten Mitglieder decken! Die Wirtschaft hat infolgedessen alle Ensemblebildungen zerlegt, den Einzelschauspieler freigemacht und ihn gezwungen, von Theater zu Theater zu ziehen und dort zu spielen, wo eine Rolle für ihn frei ist. So hat die Dialektik der Entwicklung den Schauspielers wieder auf die Wanderschaft geschickt, wenn die sich auch heute im geographisch engeren Bezirk einer einzelnen Stadt abspielt. Künstlerisch bedeutet das natürlich das Ende aller Sänkung, das Ausbleiben eines nicht durch Kunst geformten, sondern eines verwaschenen Allgemeines. Die armen Deutschen, die sich seit Lessing abquälen, ein Nationaltheater zu erhalten! Diese Hoffnung können sie auf lange begraben. Denn wer weiß, ob in künftigen besseren Jahren das Bedürfnis nach Theaterkunst vorhanden sein wird, oder ob nicht ganz andere kulturelle Formen die Menschheit interessieren werden!

Unter den heutigen Verhältnissen hört also

ihre schwachentwickelten, engbrüstigen Körper nicht, so empfindet man mit aller Deutlichkeit, wie notwendig sie zu ihrer körperlichen Entwicklung einen Erholungsurlaub brauchen. Aber nicht das allein ist es, das die Arbeiterjugend zu ihrer Förderung berechtigt. Die Arbeiterjugend will auch etwas erleben. Während jeder Mittelschüler während seiner Studienjahre in den Ferienwochen die Welt durchwandern kann, ist der junge Fabrikarbeiter, der Fabrikarbeiterin und der Lehrling in der überwältigenden Mehrzahl dazu verurteilt, ewig an der Scholle zu leben. Aber auch die Arbeiterjugend hat ein Anrecht darauf, die Welt kennen zu lernen und sich an der Fülle ihrer Schönheiten zu erfreuen! Und darum fordern wir auch deshalb den Urlaub, damit der Arbeiterjugend Zeit zum Wandern und Reisen und damit zum Lernen und Erleben gegeben sei.

In diesen Tagen haben sich die Tore der Fortbildungsschulen wieder für Tausende junger Arbeiter und Lehrlinge geöffnet, jene Fortbildungsschulen, die diese Bezeichnung vielfach nicht verdienen. An vielen Orten, vor allem dort, wo der Einfluß der Sozialdemokraten auf die Gemeindeverwaltungen ein ungenügender ist, wird heute noch am Sonntagvormittag und in den späten Abendstunden unterrichtet. Daß da nicht viel gelernt werden kann, ist für jeden denkenden Menschen klar. Man muß bedenken, was es für einen Lehrling bedeutet, wenn er am Sonntag, an dem sich alle Menschen ausruhen und erholen können, wo die Söhne und Töchter des Bürgertums am Corso spazieren gehen, in die Fortbildungsschule gehen soll. Diese Schule wird ihm dann verhaßt, es verliert alle Lernfreude, der Unterrichtserfolg ist gleich null und entspricht zumindest nicht der von Lehrern und Schülern aufgewandten Zeit und Kraft. Und am Abend, nach acht Stunden schwerer Arbeit, auf der Schulbank zu sitzen, ist eine Qual. Vielen Schülern fallen vor Müdigkeit die Augen zu, fast alle aber können dem Vortrag des Lehrers nicht folgen. Alle Lehrer werden es bestätigen können, daß auch der Abendunterricht fast gänzlich erfolglos ist. Es ist daher nur billig, wenn die Arbeiterjugend die gänzliche Beseitigung des Sonntag- und Abendunterrichtes und dafür die Einführung des Ganztags- oder Halbtagsunterrichtes fordert. Das Ministerium für Schulwesen und Volksschulen ist sich anscheinend der Unzulänglichkeit des Fortbildungsschulwesens schon bewußt geworden. Es hat einen Entwurf für ein neues Gesetz ausgearbeitet, das eine gründliche Reform des Fortbildungsschulwesens bedeuten soll. Der Entwurf geht von dem richtigen Gedanken aus, daß in Zukunft alle Jugendlichen unter 17 Jahren — nicht nur die Lehrlinge — eine Fortbildungsschule besuchen sollen. Das bedeutet eine große Vermehrung der Schüler, denn statt 140.000 wie bisher, werden nach dem Entwurf künftig 400.000 Jugendliche die Schule besuchen müssen. Der Entwurf zeigt aber auch, wie in diesem Staat jeder an sich richtige Gedanke in das Gegenteil umgekehrt wird. Er enthält nämlich die Bestimmung, daß der Unterricht bis sieben Uhr abends ausgedehnt werden kann, was für Zehntausende den Kauf des Achtstundentages bedeuten würde. Fast allen in Industriebetrieben beschäftigten Jugendlichen haben um vier oder fünf Uhr nachmittags Arbeitslohn; sie würden also an allen Schultagen zwei bis drei Stunden ihrer Freizeit opfern müssen. Dagegen gibt es, sich mit aller Kraft zur Wehr zu setzen, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Fortbildungsschulunterricht mit zur Ausbildung der Lehrlinge und Jugendlichen gehört und darum während des achtstündigen Arbeitstages erteilt werden müsse.

Zur Erläuterung dieser Augenblicksforderungen haben sich die sozialistischen Jugendorganisationen dieses Staates — der sozialistische Jugendverband für die deutschen Gebiete der tschechoslowakischen Republik, der tschechoslowakische so-

zialdemokratische und der tschechoslowakische sozialistische Jugendverband — zu einer Kampf-gemeinschaft zusammengeschlossen. Sie haben für Sonntag, den 8. Oktober in der ganzen Republik, wo sie über Organisationen verfügen, eine gemeinsame Kundgebung angesetzt. In diesen Versammlungen werden deutsche und tschechische Jugendproletarier ihre Stimme erheben und durch die Gemeinsamkeit des Kampfes die Gemeinsamkeit der Interessen beweisen.

Der Kampf, den die Arbeiterjugend führt, ist aber nicht nur eine Sache der Jugend selbst. Er ist vielmehr eine Sache der gesamten Arbeiter-schaft, von der die Jugend nur ein Teil — der schwächste und schutzbedürftigste freilich — ist. Die erwachsene Arbeiterschaft muß die Jugend schützen, wenn sie will, daß die kommende Generation ihren Aufgaben gewachsen sein soll. Der Widerstand und die Kampfbereitschaft der gesamten Arbeiterschaft, um der Arbeiterjugend zu helfen, ist umso notwendiger, als sich die Unternehmerschaft vor allem auf die Jugend stützt. Industrielle und Gewerbetreibende, sie kämpfen vereint gegen die geringen Rechte der Jugend; sie wollen verhindern, daß der Jugendurlaub Gesetz werde und wehren sich gegen die Verlegung des Fortbildungsschulunterrichtes auf die Tagesstunden. Sie wissen genau, daß, wenn es ihnen gelingt, die Jugend ihrer Rechte zu berauben, sie damit die ganze Arbeiter-klasse treffen.

Darum, Genossinnen und Genossen, helft der Jugend und unterstützt sie in ihrem Kampfe!

Russland.

Allgemeine Wehrpflicht in Russland.

Bisher waren in Russland nur die Bolschewiki der fragwürdigen „Ehre“ teilhaftig gewesen, in der roten Armee zu dienen, der Bourgeoisie wurde die „Auszeichnung“ verweigert. So hieß es im amtlichen Moskauer Jargon, in Wirklichkeit schien es natürlich gefährlich, unvorläufige Elemente in die Armee einzureihen. Nun scheinen sich die Sowjetherrn doch anders besonnen zu haben, wenigstens weiß die „Krausfurter Zeitung“, ein ernsthaftes und gewöhnlich gut informiertes Organ, zu berichten, daß in Russland fortan alle tauglichen Männer zwischen 20 und 40 Jahren dienstpflichtig sein sollen. In der Infanterie wird man 18 Monate, bei den anderen Land-truppen 30 Monate, bei der Marine 1/2 Jahre dienen. Das wird also kein Milizheer im üblichen Sinne werden, sondern ein richtiges stehendes Heer schweren Kalibers. Der Beschluß des Exekutivkomitees ändert an dem bestehenden Zustande wenig. Sowjetrußland hat jetzt schon ein Heer von mehr als einer Million und sein Militärbudget macht 34 v. H. seiner sämtlichen Ausgaben aus. Die Notwendigkeit, wenn sie zutrifft, also nur den militärischen Charakter des modernen Russland, das sich ja auch in seiner Meereingepolitik als der getreue Nachfolger zaristischer Ueberlieferungen erweist. Vielleicht, wer weiß, kann das Heer zur Unterstützung Ab-mals dienen, vielleicht den Handparten einen „ge-henden Respekt“ einjagen. Zwar sollen diese mit Russland zu einer Abrüstungskonferenz zusam-mentreten. Aber bis deren Ziele erreicht sind, wird noch viel Wasser die Wolga hinunterfließen. Zur Vorsicht und für alle Fälle schafft man eine stehende Armee. Daß diese ihre Tendenzen sozja-len in sich selber trägt und eine Politik der Aggressivität und des Imperialismus erzeugen muß, unterliegt aber keinem Zweifel. Ein stehendes Heer in Russland als gesetzlich festgelegte Institution bedeutet ein Mittel mehr, durch welches die Sowjetrepublik aus ihrer ursprünglich beab-sichtigten Bahn gedrängt wird.

Eine besondere Rolle spielen die Staats-theater. Aber auch ihnen stehe ich sehr skeptisch gegen-über. Wird wirklich eine soziale Republik, von einer sozialistischen zu sprechen, die Pflicht ha-ben, diese aus feudalen Zeiten stammende Ein-richtung zu erhalten, während der Staat kein Geld für Kranke, für menschliche Seinfährten, für Frauen im Wochenbett hat? Heute schon kann die Berliner Oper nur von einer gründlichen Aus-plünderung der Ausländer leben. Für dieselbe ungeheure Mehrheit, die dafür Steuern bezahlt, existiert ein solches Theater überhaupt nicht! Ist es denkbar, daß die Zeit solchen Widersinn dauernd zulassen wird? Aus diesem Grunde scheint mir die gemeinschaftliche Volkstheateror-ganisation lebensfähiger auch als das Staats-theater zu sein.

Das neue Theaterjahr wird nichts anderes bringen als eine Entwicklung auf diesem Wege. Für viele mag das schmerzhaft sein, besonders für die Menschen, die nicht mit religiöser Gewissheit eine neue Zeit kommen sehen und des Glaubens sind, die Menschen wären für die Kultur da und nicht die Kultur für den Menschen. Große Aufgaben erwachsen der Volkstheater aus diesen Verhältnissen. Aufgaben, mit deren Lösung sie sich nun auch schon zu beschäftigen be-ginnt. Gelöst ist davon erst wenig. Aber wir wä-ren nicht Sozialisten, wenn wir nicht aus der Größe, aus der Scheinbaren Unmöglichkeit der Durchführung die schöpferische Freude an der Vollbringung empfinden. Mag also die Welt des alten Theaters zugrunde gehen. Eine neue Welt wird eine neue Kultur haben, und da keine kommende Welt schlechter sein kann als die ge-genwärtige, alsoeben wir, daß auch auf diesem Gebiet das Schönste erst zu vollbringen ist.

Die Vernichtung der deutschen Schulen in Polen.

Wenn im allgemeinen trotz Vereinbarungen und Verträgen die Polen und Tschechen gegenein-ander gesinnt sind wie Katz und Hund, so sind sie doch nach einer Richtung ein Herz und eine Seele: in dem Streben und in der Kunst, das bis zur Gründung der beiden Republiken blü-hende deutsche Schulwesen zu ruinieren. In der Tschechoslowakei scheitert dieses Bemühen an dem Widerstand einer nicht zu entrechtenden, weil zu starken Minorität und an der Tatsache, daß die Deutschen in großen Siedlungsgebieten geschlossen beisammen wohnen. Man kann an sie also höch-stens in gemischtprachigen oder vorwiegend tsche-chischen Gegenden gründlich heran, wenigstens auf dem Gebiete des Volks- und Bürger-schul-wesens. In Polen gibt es solche reindeutsche Landstriche etwa von der Art des Karlsbader Kreises nicht und darum hat dort der Vernich-tungsfeldzug gegen die Schulen ganz andere Ergebnisse gezeitigt. Ergebnisse, die einen nicht nur aus nationalen, sondern auch aus volks-erzieherischen Gründen einfach schaudern machen.

In Polen und Pomerellen gab es bis zum Kriegsende 4600 ausschließlich deutsche Volks-schulen mit 7700 deutschen und 2250 deutsch-unterrichtenden Lehrern, wenn auch polnischer Unterrichtssprache. Diese Zahl hat sich nach amt-lichen Angaben auf 1253 öffentliche Anstalten mit 1281 Lehrern und 81.470 Kindern gesenkt, nach deutschen Feststellungen gibt es gar nur noch 957 Schulen mit 57.883 Kindern. Diesen katastro-phalen Rückgang mit der Abwanderung von rund tausend deutschen Lehrern, die gewiß nicht ein-fachlos geblieben ist, zu erklären, geht nicht an, denn dem Lehrerschwund geht eine Abwan-derung von ungefähr 800.000 Deutschen aus West-polen durchaus parallel. Es ist eine Massenflucht fast wie in den Zeiten der Völkermigration, erklären kann man sie nur mit dem auf Polens Deutschen lastenden Gefühl, auf einem absterben-den Aste zu sitzen und sich deshalb, so schwer es falle, retten zu müssen. Subjektiv also durchaus verständlich, schädigt solch ein Verlust die zurück-bleibenden Volksgenossen dennoch unheilbar und die polnische Regierung tut alles, um die Wunde noch zu vergrößern. So verbietet sie jetzt Ver-einen die Gründung von Privatschulen und knüpft deren Errichtung an Konzessionen, die nur ein die polnische Sprache Beherrschender er-langen kann. Die notorisch schwere Prüfung aus der polnischen Unterrichtssprache öffnet der Ver-gewaltigung Tür und Tor und überdies bedroht die Verordnung die zahlreichen Schulvereins-schulen. Sie ist aber auch darum verhängnisvoll, weil das polnische Gesetz deutsche Schulen an Dre-ten gestaltet, wo mindestens 40 schulpflichtige Kinder sind. Vorläufig sind viele derartige Orte ohne Schulen. Wo sie aber hernehmen, wenn keine Personalschaft da ist, die den Bedingungen des Konzessionszwanges entspricht?

In der Erkenntnis, daß die Volksschulen die Grundlage des höheren Schulwesens seien, weil sie das Schülermaterial liefern, greifen die Po-len das deutsche Mittelschulwesen zwar tüchtig, aber doch nicht so radikal an. Dessen Vernich-tung überlassen sie der Zeit und sie scheinen lei-det nicht falsch zu rechnen. Hier gehen die Tsche-chen „vorgedrungen“ anders vor. Die Volksschulen, die den Mittelschulen den Nachwuchs liefern sollen, sind in der Tschechoslowakei aus den früher genannten Gründen nicht unzubrin-gen, die Zeit würde also die Mittelschulen hier-zulande nicht zwecklos machen. Also muß man ihnen, um den Nachwuchs intellektueller zu hemmen, direkt an den Leib gehen. Das System raßt sich, wie man sieht, den Verhältnissen an. Der „hohe Aweel“ aber ist hier wie dort der gleiche: der Kampf gegen das Deutschstum an seiner Wurzel, dem Nachwuchs.

Soldatenräteahlen in Oesterreich.

Die 7/8. Mehrheit sozialdemokratisch. Wien, 6. Oktober. (Tsch. P. B.) Während der letzten Wochen wurden in allen Formationen der Wehrmacht Oesterreichs Neuwahlen der Sol-datenräte vorgenommen. Es wurden insgesamt 877 Soldatenräte und Erbsamänner ge-wählt, wovon sich 781 zur sozialdemokra-tischen Partei bekennen. Der Anteil der Kommunisten ist seit der letzten Wahl von 9 auf 7 1/2 Prozent gesunken.

Tages-Neuigkeiten

Das „Prager Tagblatt“ als politischer Erzieher.

Das deutsche Großbürgertum Prags und der Provinz bezieht seine politische Bildung aus dem „Prager Tagblatt“, Bildung! du liebe Güte! Um Bildung zu bringen, muß man selbst gebildet, d. h. eine festumrissene Persönlichkeit sein; das Ideal des Wertschalters aber ist Schmod in Reinkultur, es will sich mit keinem Abonnenten oder Interen-ten verberben und strast darum jeweils seine ge-strigten Bepauptungen heute liegen. Dieses Organ der „Demokraten“ und „Republikaner“ prostituiert sich zur Ablagerungsstätte der von Wilhelm II. zu-sammengebrachten monarchistischen Geschichtslügen; es loketiert heute mit den Kommunisten und mor-gen mit den industriellen Scharfmachern, seinen ureigensten Gesinnungsgenossen; in der Donnerst-agnummer preist es den Oesterreich in Genf ge-währten Kredit als eine historische Großtat und im Blatt vom Freitag weiß es an demselben Kre-dit nicht eine gute Seite zu entdecken! Die Be-hauptungen lassen sich Stück für Stück beweisen. Man lese nur den Artikel „Verschmelzung“, den ein gewisser „d.“ aus Berlin am 3. Oktober los-

sch, und vergleiche ihn mit der Stillübung des-selben „d.“ „Deutschland, Rußland und Amerika“ vom 5. d. M. Mit welcher überlegener Fronte weiß doch der große Geist „d.“ das Ringen des deut-schen Proletariates um die wirtschaftliche Existenz und um den Bestand der Republik und den schwe-ren Zwiespalt abzutun, in welchen diese Kämpfe das Proletariat bisweilen führen müssen! Der waschechte Moskauer demochte einen Crispian oder Hilferding nicht souveräner als verstedten „Kleinbürger“ nachzuweisen, als Herr „d.“ und doch schreibt der gleiche Mann 2 (zwei!) Tage spä-ter: „... die kampfhaften Versuche der Indu-strie, von dem die Steigerung der Erzeugung läh-menden Achtstundentag loszukommen, ... sind die Dinge, um die das Interesse der deutschen Arbeit-lichkeit leidenschaftlich kreist.“ Das ist der dema-gogische, gesinnungslose Schreibweise, wie er in Büchel steht! Nachdem er eben noch die Arbeiter-führer als zu wenig prinzipienfest bemitleidet hat, bekennt er sich als überzeugter Feind des Achtstun-dentages. — In der oesterreichischen Frage liegt der Fall ganz ähnlich. Zuerst darf der Professor Rausberg zu Worte kommen und (am 5. d. M.) von der „Dilse für Deßerreich“ in einem Tone sprechen, als ob die Kreditgeber die selbstlosesten Helfer des Donausaates und nicht vielmehr die To-tengräber seiner Selbständigkeit, die Bundesge-nossen seiner gewalttätigen, nach unumschränkter Diktatur strebenden Reaktionen wären. Und in der folgenden Nummer müssen die Leser etwas von einem „Grabeshügel“ lesen, „in welchem alle nationalen Zukunftshoffnungen der Oesterreicher, die Programme der Anschließparteien, wie das natürliche Recht auf Selbstbestimmung eines gro-ßen Volkstammes bestattet werden“, und die wirt-schaftlichen Bestimmungen der „Genfer Konven-tion“ finden eine ebenso herbe Beurteilung. Raus-berg läßt vermuten, daß alle Parteien Oesterreichs nichts als Zustimmung zu spenden hätten, der Anonimus vom Tage darauf bekräftigt den ver-zweifelten Widerstand der Arbeiter-schaft, der auch schon nach der Schweiz hinübergreift. Widerspruch über Widerspruch und aus diesem Lohnabstou-der an leitender Stelle ausgesprochenen Meinun-gen und Aneile soll sich die deutsche Bourgeoisie ihre politische „Bildung“ holen! Soll sie? Gar keine Spur! Im Gegenteil: sie soll, der tief-sten Abficht des „Prager Tagblatt“ nach, politisch unheilbar verdammen! Denn nur dann ist sie imstande, dem „Tagblatt“ auf seinen dunklen Schieberwegen zu folgen und alle seine politischen Schiebergeschäfte unter kriti-schem Beifall mitzumachen. Die Wörstjobber brauchen Stimm und Stimmungsbuch. Nun kennt ihr die Mittel, mit welchen solches erzeugt wird.

Einheitsfront der Deutschnationalen, Kom-munisten und Aramarkente! Das deutschnatio-nale Schmierblatt in Teßchen hat würdige Bun-desgenossen gefunden. In seinem Dasse gegen alles, was mit Arbeiter-schaft und Sozialismus zusammenhängt, frohlockt das Teßchener Kapita-listenblatt immer, wenn es irgendwo etwas zu Geseiste bekommt, was die Arbeiter-schaft herab-zuwürdigen imstande ist. Und da sich gleich und gleich gerne gefellen, so darf es niemanden wund-ern, wenn das „Nordböhmische Tagblatt“ und der Reichsbürger „Vorwärts“ aus ein und derselben Lugenzentrale ihre Nachrichten schöpfen, nämlich aus dem berüchtigten Modračekblatt „28. Kije“. Dieses Blatt, das mit Dilse von Aramarkent unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint und glaubt, durch arbeitserfeindliche Lü-genmeldungen seine Daseinsberechtigung beweisen zu müssen, brachte die Nachricht, daß an den Jubiläumsgedächtnissen der tschechischen Sozial-demokraten in Prag bloß — 1000 Personen teil-genommen haben. Ein jeder, der die Ausgabe gesehen hat, wird diese Meldung des „28. Kije“ als unverschämte Lüge bezeichnen. Das „Nordböhmische Tagblatt“, das von Lügenmel-dungen und Vertreibungen der Arbeiter-schaft lebt, sowie die „Vorwärts“ übernehmen natür-lich bereitwillig diese Lügenmeldung des Modraček-blattes. Somit wäre die Einheitsfront der Geg-ner des Sozialismus hergestellt: Deutschnatio-nale, Kommunisten und Aramarkent!

Dr. Ottokar Hübschmann gestorben. In Prag verstorben gestern plötzlich der ehemalige oesterreichische Abgeordnete Dr. Ottokar Hübsch-mann, der im Wiener Abgeordnetenhaus 1911 bis 1918 die nationalsozialistische Partei vertrat. Zum erstenmale wurde er bekannt, als er die tschechischen Antimilitaristen vor Gericht verteidigte. Durch seine Politik im Kriege hatte er sich mit der Partei überworfen.

Die Antiabstinenzler. Nach einer Meldung der „Pr. Abendzeitung“ erschien vom 1. Oktober an ein Bierzeitschrift „Svobodny Republikan“, das gegen ein allgemeines gesetzliches Alkohol-verbot auftritt und mäßigen Alkoholgenuß aus Ernährungs- und andern Gründen verteidigt. Diese „anderen Gründe“ werden allerdings ver-schwiegen. Aber sie sind nicht schwer zu erraten. Man wird sie vor allem in der Frucht des Alko-hollapitals zu suchen haben, welches zu dem alt-bewährten Mittel der Journaille greift, um sich dieser für ihre Zwecke zu bedienen. Rätselvoll ist allerdings der Titel, der auf doppelte Art über-sehbar ist: „Svobodny Republikan“ kann nämlich sowohl der „freie“ als auch der „ledige“ Repu-blikaner heißen. Ob der besoffene Republikaner erst die wahre Freiheit erringt oder aber ob nur der unverheiratete Republikaner Trinker sein darf, das bleibt dabei unentschieden.

Der „Kaub“ an dem Eigentum der Habs-burger. Zeltionschef Dr. Alwin Schragger-Eckardt, der Vertrauensmann des verstorbenen Erzkaifers, hat in einem Buch von 180 Seiten, das besonders für die fremden Gesundheitsbestimmungen ist, eine Darlegung des „an dem Habs-

das Theater auf, wie bisher ein Teil der gesell-schaftlichen Kultur zu sein. Kein Theater weiß mehr, was es spielen soll. Interessant ist, in wel-chem Maße das französische Gesellschaftsritual wie-der die Bühne zu beherrschen beginnt. Gardou, Bataille, Brioux waren die großen und bemer-kenswerten Erfolge des letzten Jahres, denen sich dieses Jahr der längst fällige Hüttenbesitzer an-reihen dürfte. Dazu also gab es eine Theaterre-volution, daß von ihr nichts übrig geblieben ist als Hauptmann, der nun ein deutscher Volksdich-ter ist, und jene französische Theatertechnik, die Jben überwinden wollte, bis sie nun wieder aufgefunden ist. Weisheit dieser Entwicklung steht das fest ge-mauerte Gebäude der deutschen Volkstheater-organisationen. Die Wirtschaft kann das Theater zermalmen, das von den Launen eines unbekannten Publikums abhängig ist. Die Organisation von vielen Zehntausenden, die kein anderer Zweck zusammenführt, als vom Theater starke Erlebnisse zu empfangen, steht über dem allgemeinen Theaterschicksal, denn sie ist ja ge-rade in Voraussicht dieses Schicksals seit Jahr-zehnten geschaffen worden. Während das bürger-liche Theater mit seinen großen Mitteln und der Möglichkeit, sie durch ein strubbelloses Repertoire zu erhalten, noch über die besseren Zusehrkräfte verfügt, ist die genossenschaftliche Volkstheater heute die einzige Stätte, in der das Theater noch Kunsttheater ist. Alle anderen Theater sind Geschäftstheater geworden. Geschäftstheater werden natürlich auch die vier neuen Berliner Bühnen sein und vom Geschäftstheater ist es nicht weit zum Duzstheater, das womöglich nur noch mit Schankkonzession eröffnet wird. Trauriges Los für so viele Künstler, so viele Idealisten, denen das Leben alle Möglichkeit genommen hat, der Kunst zu leben.

Die Wirtschaftskrise.

Lohnkämpfe in der Handschuhindustrie im Erzgebirge.

Wie wir bereits berichteten, kündigten die Unternehmer in Auerhammer den bestehenden Lohnvertrag und verlangten einen 50prozentigen Lohnabbau. Die darauf stattgefundenen Lohnverhandlungen scheiterten, nachdem die Unternehmer erklärten, unter einem 30prozentigen Lohnabbau einen neuerlichen Lohnvertrag nicht abzuschließen. Samstag, den 30. September kündigten sämtliche Unternehmer die Arbeiter vierzehntägig auf. Durch dieses unerhörte Vorgehen der Unternehmer werden in den nächsten Tagen ungefähr 700 Arbeiter auf das Pflaster geworfen. Von Seite der Organisation wird alles versucht, um diesem willkürlichen Vorgehen der Unternehmer die notwendigen Schranken gegenüberzustellen.

Die Lohnverhandlungen in der Lederindustrie für Nordwestböhmen beendet.

Am 22. September l. J. fanden in Teplitz die ersten Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Lohnvertrages für die nordwestböhmische Lederindustrie statt. Die Unternehmer verlangten eine 33prozentige Reduzierung des Grundlohnes plus Teuerungszulage und begründeten ihr Vorgehen mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und erklärten, daß eine Weiterführung des Betriebes nur dann möglich sei, wenn außer der Reduzierung der anderen Produktionskosten auch die Arbeitslöhne in dem von ihnen vorgeschlagenen Prozentsatz erniedrigt würden. Die ersten Verhandlungen mußten, nachdem eine Einigung nicht erzielt werden konnte, abgebrochen werden und es fanden die zweiten Verhandlungen am Samstag, den 30. September l. J. in Teplitz statt. Nach mehr als fünfständiger Verhandlungsdauer war es möglich, nachdem es einigmal schien, als ob die Verhandlungen scheitern sollten, eine Einigung auf Grundlage einer 17prozentigen Lohnreduzierung abzuschließen. Der neue Vertrag tritt am 1. Oktober 1922 in Kraft, läuft auf unbestimmte Zeit und kann gegen einmonatliche Kündigung gelöst werden.

Weitere Vertragskündigungen der Unternehmer in der Schuh- und Hutindustrie.

Am 1. Oktober wurden die Verträge für die Schuhfirmen in Warnsdorf sowie für die Firma „Bohemia“ in Hainbach gekündigt. Die Unternehmer verlangen auch hier einen Lohnabbau. — Auch in der Hutindustrie in Neutitschein wurden die bestehenden Verträge gekündigt und es finden gegenwärtig die Lohnverhandlungen in Witkowitz mit dem Mährisch-Schlesischen Industriellenverband statt. Wir werden über den Ausgang derselben berichten.

Entlassungen in der Textilindustrie.

Die Direktion der Nordböhmischen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Reudel hat dem Betriebsausschuß sowie der Organisation der Textilarbeiter die Mitteilung gemacht, daß sie infolge Mangels an Aufträgen gezwungen sei, am Montag, den 9. Oktober mit der Entlassung von circa 1200 Arbeitern zu beginnen.

Die Arbeitslosenunterstützung der Textilarbeiter.

In den letzten 14 Tagen wurden beim Ministerium für soziale Fürsorge wegen der Arbeitslosenunterstützung durch den Verbandssekretär der Union der Textilarbeiter in Reichenberg, den Abg. Roscher, nachstehende Interventionen durchgeführt: Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch den Betrieb und der Rückvergütung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat in den Oberleutensdorfer Textilfabriken und Errichtung einer Auszahlungs- und Kontrollstelle in Oberleutensdorf für die Arbeitslosen, damit diesen der weite Weg nach Brüx dreimal wöchentlich erspart bleibt. Wegen Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung für die Textilarbeiter in Weipert durch den Betrieb und die durch den Staat zu leistende Rückvergütung an den Unternehmer. Wegen einer nicht erfolgten Rückvergütung für ausgesagte Arbeitslosenunterstützung durch den Staat für die Arbeiterschaft der Ricowerte in Brüx. Wegen eines an die politische Bezirksverwaltung in Aisch gerichteten Erlasses, in welchem ausgesprochen wurde, daß für Beurlaubte keine Unterstützung bezahlt wird, sondern nur dann die Unterstützung durch den Staat zur Auszahlung gelangt, wenn die Arbeiter entlassen sind. Wegen Gewährung einer teilweisen Arbeitslosenunterstützung an die Familienangehörigen jener Familienerhalter, welche im Auslande arbeiten und infolge der Entwertung der Mark nicht imstande sind, den Lebensunterhalt von ihrem Arbeitsverdienst für ihre Angehörigen zu bestreiten. (Bezirk Friedland.) Wegen Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat an die Textilindustriellen des politischen Bezirkes Römerrsdorf. Wegen Ausschließung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Arbeitslosenunterstützung.

gen jener Familienerhalter, welche im Auslande arbeiten und infolge der Entwertung der Mark nicht imstande sind, den Lebensunterhalt von ihrem Arbeitsverdienst für ihre Angehörigen zu bestreiten. (Bezirk Friedland.) Wegen Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat an die Textilindustriellen des politischen Bezirkes Römerrsdorf. Wegen Ausschließung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Arbeitslosenunterstützung.

Einführung ermäßigter Exporttarife.

Das Eisenbahnministerium wird für den Export folgender Warengattungen Exporttarife einführen u. zw.: Für Dachziegel aus Zement, gepackte Holzlastwaren, Porzellanwaren, Seife, Holzmasse, Papier, Zündhölzchen und Mühlsteine. Außerdem wurden die bereits geltenden Exporttarife für den Transport von Holz (Schnitt- und Stammholz roh gezimmert), Glas und nicht-gepackte Glaswaren herabgesetzt. An den Tarifermäßigungen für den Export überschüssigen Zuckers und von Malz wird gearbeitet.

Wer bestimmt den Umrechnungskurs der Mark für den Buchhandel?

Jeden Monat wird verlautbart, daß der Reichswirtschaftsrat im Einverständnis mit den Buchhändlern den Umrechnungskurs der Mark bestimmt, diesmal M. 1. — = Ks 0.25. Nun vollzieht sich diese Festsetzung unter recht seltsamen Umständen. Der Reichswirtschaftsrat beim Ministerium für Volkswohlfahrt ist fast seit einem Jahr nicht mehr zusammengetreten, seine Mitglieder erhalten weder Berichte noch Rechenschaftsberichte. Es ist höchst bedauerlich, daß diese wichtige Institution gerade in dieser Zeit, in der sie der Allgemeinheit wesentliche Dienste erweisen könnte, lahmgelagert wird. Der Verbraucher, der von allen Seiten über die angeblich eingreifende Verbilligung getäuscht und gesoppt wird, findet keine offizielle Stelle, bei der er Schutz und Unterstützung fände und der er vollkommenes Vertrauen entgegenbrächte. Im Namen des Wirtschaftsrates, einer Körperschaft, die durch ihre Tätigkeit im Interesse der Verbraucher das Vertrauen der Öffentlichkeit erworben hat, wird monatlich der Vorschlag der Buchhändler genehmigt, ohne daß die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates davon die geringste Kenntnis besäßen noch auf die Bestimmung ihren Einfluß geltend machen könnten. Dabei handelt es sich in diesem Falle nicht bloß um den Umrechnungskurs, sondern auch um die Preisfestsetzung. Wie kann eine Körperschaft die seit Jahr und Tag keine Sitzung abhielt, diese wichtige Angelegenheit erledigen? Wir fordern unverzügliche Klarlegung, denn es geht nicht an, daß unter dem Namen des Wirtschaftsrates die Herren Buchhändler ihre Profitinteressen wahren.

Die Transportarbeiter gegen Militarismus und Reaktion.

Aus Wien wird uns folgendes telephonisch berichtet: Der internationale Transportarbeiterkongress hat einstimmig eine Resolution gegen Militarismus und Krieg beschlossen. In dieser Resolution wird festgestellt, daß die bei Abschluß der Friedensverträge gegebenen Versprechungen und Erklärungen unerfüllt geblieben sind. Der Kongress stellt insbesondere fest, daß alle Beteuerungen, als wäre der Weltkrieg nur zu dem Zweck geführt worden, um jeden künftigen Krieg zu verhüten, und den Weltfrieden zu sichern, nichts als eitel Lug und Trug gewesen sind. Angesichts der Tatsache, daß die Regierungen im Begriffe stehen, einen neuen Krieg mit allen seinen Schrecken vorzubereiten, bekräftigt der Kongress ausdrücklich, die von den früheren internationalen Transportarbeiterkongressen angenommenen Resolutionen, in welchen die angeschlossenen Organisationen erklärt haben, sich mit allen Mitteln dem Militarismus und allen künftigen Kriegen zu widersetzen. Der Kongress erklärt sich mit den vom Generalsrat im Einvernehmen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Militarismus und des Krieges einverstanden und beschließt, die ganze wirtschaftliche Macht der Transportarbeiter, Eisenbahner und Seelute aufzulegen, um durch eine wirksame und tatkräftige Aktion die drohende Gefahr eines Krieges abzuwenden. In einer weiteren Resolution wird gegen den faschistischen weißen Terror in Italien Protest erhoben. Der Kongress beschließt, die vom internationalen Gewerkschaftsbund unternommenen Bemühungen, dem Terror Einhalt zu gebieten, mit allen wirksamen und tatkräftigen Mitteln zu unterstützen und nötigenfalls auch Zwangsmittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

.....
einem absichtlichen Außerachtlassen zurzeit unüberwindlicher Hindernisse, haben einzig und allein das Ergebnis, daß große Massen der Arbeiterschaft irre und angeekelt stehen bleiben, um als ein hoffnungsloses Nichts die Masse der Indifferenten zu stärken und so für die gesamte proletarische Bewegung ein Hindernis zu werden.

Die kommunistische Partei ist durch das von mir gekennzeichnete Verhalten zu einer Vereinigung herabgesunken, die, an irtigen Teilen festhaltend, nur noch durch unerbittliche Verbildigungen und abfällige Kritik ihren Bestand ermöglicht. Mitglieder einer solchen Partei können nur ein Prinzip haben, nämlich die Partei als Selbstzweck zu sehen.

.....
In der wiedervereinigten Sozialdemokratischen Partei werde ich die Basis finden, auf der ich meinen pflichtmäßigen Anteil an der sozialistischen Aufbauarbeit leisten kann.

Mit bestem Parteigruß!
gez. Gustav Urban.

Durch seine vernichtende Kritik kennzeichnet Otto Urban am trefflichsten den Mangel jeder Faschisberechtigung der kommunistischen Partei. Denn eine Partei, die, wie Urban richtig schreibt, nur zum Selbstzweck besteht, bedeutet für das Proletariat ein Hindernis mehr auf dem Wege zur Einigung.

Ausweisungen Intellektueller aus Rußland.
In Konstantinopel sind die Professoren Bablin und Florowski angekommen, die von der Sowjetregierung ausgewiesen worden sind. Nach den Mitteilungen der Angekommenen sind aus Odesa die Professoren Trefiljew, Kasterin, Krylow, Basseff, Alexandrow, der Arzt Dobrowolsky und eine ganze Reihe von Vertretern anderer geistiger Berufe ausgewiesen worden. Vor der Ausweisung ins Ausland waren sie alle verhaftet und wurden in Gefängnissen der staatlichen politischen Verwaltung festgesetzt. Im ganzen sollen bis jetzt 200 Personen aus Rußland ausgewiesen worden sein. In Moskau wurden die Ausgewiesenen anfangs in Haft gehalten, doch wurde die Mehrzahl von ihnen nach 3 bis 4 Tagen wieder freigelassen. Man schlug ihnen vor, eine Bescheinigung zu unterschreiben, daß sie erstens Rußland binnen 8 Tagen zu verlassen sich verpflichten, zweitens, daß sie ohne die Erlaubnis der Sowjetregierung nicht nach Rußland zurückkehren werden, andernfalls sie der Todesstrafe unterliegen. Nachdem sie erst die achtjährige Frist festgesetzt und dadurch die Auszuweisenden gezwungen hat, ihre Geschäfte sehr unvorteilhaft zu liquidieren, hat die staatliche politische Verwaltung dann die Sache in die Länge gezogen und die Ausreisepässe erst nach drei Wochen geliefert. Was die Gründe der Ausweisung anbetrifft, so sind sie tatsächlich auf das Bestreben der Sowjetregierung zurückzuführen, jene Organisationszentralen im Reine aufzulösen, die die betreffenden Personen hätten bilden können. Formell wurden ihnen folgende Anklagepunkte vorgelegt: die idealistische Richtung ihrer Philosophie, ihre sozialistischen Ansichten, die sich nicht mit kommunistischen Doktrinen decken, ihr ungesunder Einfluß auf die Studentenschaft und überhaupt ihre Nichtübereinstimmung mit der Ideologie des russischen Kommunismus und ihre geistiger Kampf gegen diesen.

Die Belohnung eines Verräters. Das vom Obersten Revolutions-Tribunal im Prozeß der Sozialrevolutionäre zum Tode verurteilte und vom Allrussischen Zentralen-Exekutiv-Komitee begnadigte Mitglied der früheren Regierung in Archangel, Ignatiow, der im Prozeß die Sozialrevolutionäre verraten hat, ist auf Anordnung des Volkskommissars Buchanow als verantwortlicher Mitarbeiter der Russischen Kommunistischen Partei zum Abteilungschef des Ernährungskommissariats ernannt worden.

Der Wirkungsbereich der staatlichen Polizeidirektion in Reichenberg. Die erweiterte staatliche Polizeidirektion in Reichenberg umfaßt das Gebiet der Gemeinden Reichenberg, Alt-Borsdorf, Rochlitz, Waffersdorf, Dörfel, Ober-Rosenthal, Johannesthal, Franzendorf, Karolinsfeld, Ober-Kanichen, Rosenthal erster Teil, Borsdorf, Neu-Baulsdorf, Rupperdorf, Katharinaberg, Machendorf und Alt-Habendorf. Die Polizeidirektion in Reichenberg ist eine selbständige politische den anderen politischen Behörden erster Instanz gleichgestellte, der politischen Landesverwaltung Prag als zweite Instanz unterstehende Behörde erster Instanz, während das Ministerium im Innern die dritte Instanz bildet. — Die Verstaatlichung der Budweiser Polizei wird, dem „Nisov. Listu“ zufolge, im nächsten Frühjahr erfolgen.

Geplante Strafexpedition der Faschisten nach Innsbruck. Von großdeutscher Seite wurde in der letzten Sitzung der Nationalversammlung in Wien in einer Interpellation die Mitteilung gemacht, daß die Faschisten eine Strafexpedition nach Innsbruck unternehmen wollten. Der Führer der Faschisten in Bozen habe an den italienischen Ministerpräsidenten eine Depesche gerichtet, in der gefordert wird, daß in Deutsch-Südtirol der Gebrauch der italienischen Sprache im Verkehr mit den Behörden zur Pflicht (!) gemacht und die Landes- und Gemeindeautonomie aufgehoben werde. — Die Unruhe, die in vermöglichen Blättern Italiens über den Faschisten-einfall nach Bozen herrscht, wird am besten gekennzeichnet durch nachstehende Meldung: Der „Corriere della Sera“ richtet als erstes italienisches Blatt anlässlich der Vorgänge in Bozen eine ernste Mahnung an den Faschismus, auf dem Wege der Gewalt nicht fortzuführen, da er sonst mehr Schaden als Nutzen stifte. Die Regierung ihrerseits sei so schwächlich, daß sie nicht zu bleiben verdiene. In römischen Blättern taucht wiederum die Sensationsnachricht von einem Faschistenmarsch nach Rom auf, der angeblich für Anfang November angekündigt sei. Der „Messagero“, der sich an faschistischer Stelle erkundigte, bestritt diese Nachricht. Wahr sei nur, daß der Faschismus baldige Kameradauflösung und Neuwahlen verlange. Sollten diese allzulange verzögert werden, so würde der Faschismus energisch vorgehen.

Unfall. Der Transportarbeiter Friedrich Kizel aus Jizlow fiel vorgestern nachmittags am Masaribahnhof von einer Verbindungsbrücke, als er Bierfässer auf lud. In dem Augenblicke, da er zur Erde stürzte, fiel ein schweres Faß auf ihn. Er erlitt schwere Verletzungen an der linken Seite des Brustkorbes und am linken Hüfte. Der Verletzte wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt.

Mit dem Rinde in die Moldau gegangen. Am Mittwoch wurde in der Nähe des Fischerhauses in Prag-Troja die Leiche eines etwa zwei Monate alten Knaben, die in einem Bidelfischen Stecke, aus der Moldau gezogen. Die Nachforschungen der Polizei haben ergeben, daß am Dienstag abends eine Frau, die als die 34jährige Arbeiterin Katalie Pizal ermittelt wurde, sich mit ihrem Ehemann am Ufer der Kaiserweiße herumtrieb. Sie ist dann offenbar mit dem Rinde ins Wasser gesprungen. Die Leiche der Frau konnte bisher nicht geborgen werden. Ihr Mann erkannte in der Leiche sofort seinen Sohn.

Keine Vermögensabgabe in der Schweiz.

Bern, 6. Oktober. (Schw. Tel.-Ag.) Im Nationalrat wurde Donnerstag und Freitag die von der sozialistischen Partei eingeleitete Volksinitiative über eine einmalige Vermögensabgabe durchberaten, deren Verwerfung der Bundesrat empfohlen hatte. Bürgerlicherseits wurde auf die vorhergehenden Folgen für die Industrie hingewiesen, während die Sozialdemokraten betonten, daß die bürgerlichen Parteien sich mit ihren bisherigen Finanzmaßnahmen als unfähig erwiesen hätten. In der Schlussabstimmung wurde die Initiative mit 129 gegen 40 Stimmen der Linksparteien (einschließlich eines bürgerlichen) abgelehnt. Dem Volke wurde die Verwerfung empfohlen.

Der Prozeß der Rathenau-Mörder.

„Tschow, der gute Junge“.

Leipzig, 6. Oktober. In der heutigen Verhandlung wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen. Zunächst wurde der Onkel der beiden Brüder Tschow,

Gutsbesitzer Erwin Behrens,

vernommen. Er sagte aus: Ernst Werner habe eine überaus entwickelte patriotische Gesinnung gehabt, sei stets ein bescheidener, offener Mensch gewesen, der sehr die Kameradschaft pflegte. Es sei ihm ganz unfahbar, wie dieser sonst so weise Jüngling zur Beteiligung an dieser so ungeheuerlichen Tat kam. Einige Tage nach dem Mord sei der Zeuge mit seiner Frau nach seinem Gute gekommen. Er habe Ernst Werner vorgefunden. Am nächsten Morgen sei die Zeitung gekommen, in der die Brüder Tschow genannt waren. Er habe seinen Revolver genommen in der Absicht, ihm diesen zu geben, damit er sich erschieße. Sein Neffe sei kreidebleich geworden und habe gesagt, er sei kein Mörder, er habe nur den Wagen gefahren und von der Tat nichts gewußt. Bei sich habe er nur eine Brieftasche und ein Notizbuch gehabt. Auf die Frage des Zeugen, ob er kein Geld und keine falschen Pässe bekommen habe, habe er geantwortet: „Nein, sie haben mich einfach stehen lassen und ich stehe ganz allein.“ Da habe der Zeuge den Eindruck gewonnen, daß er zweifellos von der Mordabsicht gewußt, aber nicht geglaubt habe, daß die Tat am Morgen begangen werden sollte. Nach schweren Kämpfen sei er zu dem Entschlusse gekommen, daß es für Werner am besten wäre, ihn der Kriminalpolizei zu übergeben, da er vielleicht sonst gefoltert worden wäre. Auf eine Frage des Oberreichsanwaltes erklärte der Zeuge nochmals, Werner habe von der Mordabsicht gewußt. Er hat erzählt, am Abend vorher habe Kern ihm gesagt, sein Chauffeur habe ihm in Etiche gelassen, er müsse den Wagen fahren, um Rathenau zu ermorden. Aber daß die Tat schon am Morgen erfolgen sollte, habe er für undenkbar gehalten, da das Manometer defekt und nichts gefahren war, um den Wagen abzuschleppen.

Hierauf wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt.

Der Angeklagte Gustav Steinbeck

hat dem deutschen völkischen Schutz- und Trutzbund, dem Verbande national gesinnter Soldaten und anderen nationalen Verbänden, aber nicht der Organisation C angehört. Er will nur an Gefangenenerrettung oder Waffenschleibungen gedacht und vom Rathenau-Mord nichts gewußt haben. Seine früheren Aussagen widerruft er.

Der Garagebesitzer Schütt

erklärte, bei der Mietung der Garage sei ihm gesagt worden, es handle sich um eine geheimzuhaltende Sache. Von der Ermordung Rathenaus sei nicht die Rede gewesen. Davon habe er erst nach der Tat durch Tschow gehört, der ihm, als er auf dem Hofe das Automobil reinigte, sagte: „Wir haben Rathenau erschossen.“ Er habe Tschow lebhaftest Vorwürfe gemacht. Am Abend sei Hans Gerd Tschow gekommen und habe gesagt, die Kappen im Automobil müßten beseitigt werden. Da er, Schütt, selbst nicht in die Garage habe gehen wollen, habe Diesel sich dazu erbötet. Er habe nicht gern in die Angelegenheit verwickelt werden wollen, zumal er sich vor der Drohung Kerns fürchtete: „Ver-räter gehen bei uns um die Ecke.“ Er habe nichts getan, um das Automobil zu beseitigen, weil er die Strafverfolgung nicht verhindern wollte.

teende Sache. Von der Ermordung Rathenaus sei nicht die Rede gewesen. Davon habe er erst nach der Tat durch Tschow gehört, der ihm, als er auf dem Hofe das Automobil reinigte, sagte: „Wir haben Rathenau erschossen.“ Er habe Tschow lebhaftest Vorwürfe gemacht. Am Abend sei Hans Gerd Tschow gekommen und habe gesagt, die Kappen im Automobil müßten beseitigt werden. Da er, Schütt, selbst nicht in die Garage habe gehen wollen, habe Diesel sich dazu erbötet. Er habe nicht gern in die Angelegenheit verwickelt werden wollen, zumal er sich vor der Drohung Kerns fürchtete: „Ver-räter gehen bei uns um die Ecke.“ Er habe nichts getan, um das Automobil zu beseitigen, weil er die Strafverfolgung nicht verhindern wollte.

Der Angeklagte Diestel

will die Ereignisse erst vom Freitag an gekannt haben. Alle seine Handlungen hätten nur darauf gezielt, die junge Firma Schütt und Diestel nicht zu schädigen. Am Freitag habe ihm Schütt erklärt, es würden zwei Herren mit einem Auto kommen, das untergebracht werden solle, vielleicht seien es Erhardtleute. Am nächsten Morgen habe Schütt die Vermutung geäußert, daß es sich um einen Kriegsverbrecher handle, was er aus der falschen Autonummer schloß. Am ganzen Nachmittag hätten er und Schütt überlegt, ob sie die Sache anzeigen sollten, seien aber zu dem Entschlusse gekommen, es nicht zu tun, da sie fürchteten, daß man Rache an ihnen nehmen werde. Was die Kappen betreffe, so habe Gerd Tschow gesagt, er solle sie mit Benzin begießen und verbrennen. Das habe er getan, obwohl ihm seine Wirtschaftlerin davon abgeraten habe. Er habe das getan, um die Verfolgung gegen sich selbst auszuschließen, nicht um der Täter willen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Frankreichs Staatsfinanzen. Der französische Finanzminister Lathière führte in einer in der Pariser Handelskammer gehaltenen Rede aus, die Hauptursache der gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs sei die Nichtdurchführung des Versailler Friedensvertrages. Trotzdem, sagte der Minister, wäre es unvernünftig, wenn die Franzosen den Mut verlieren würden. Der Fehlbetrag von vier Milliarden im ordentlichen Budget ist lediglich verursacht durch die Verzinsung der Anleihen, welche der Staat zwecks Wiederaufbaues der verwüsteten Gebiete aufnehmen mußte, da Deutschland Frankreich bisher nichts für die Reparationen gezahlt hat. Die Regierung hat alle möglichen Ersparungen auch in den unumgänglich notwendigen Dienstzweigen durchgeführt. So wurden die Militärausgaben von 18 Milliarden im Jahr 1919 auf fünf Milliarden im Jahre 1922 herabgesetzt. Außerdem hat Frankreich nicht nur die Milliardenzeit herabgesetzt, sondern hält um 200.000 Mann weniger unter den Waffen als im Jahre 1913. Die Ausgaben für die Zivilverwaltung sind von 11.377 Millionen im Jahre 1920 auf 7025 Millionen im Jahre 1922 gesunken. Seit Jänner d. J. wurden 28.500 Hilfsbeamten entlassen und es werden weitere 22.000 vor Ende Mai des künftigen Jahres entlassen werden. Der Minister erwartet gute Resultate von den deutschen Reparationslieferungen in natura und hofft, es werde den Alliierten gelingen, Deutschland zu veranlassen, sich mit Hilfe auswärtiger Anleihen Bargeld zu verschaffen. In einigen Wochen wird Frankreich auf der Brüsseler Konferenz ein ausgearbeitetes diesbezügliches konstruktives Programm sowie auch ein solches für eine allgemeine Regelung der interalliierten Schul-

den vorlegen. Der Minister verties schließlich darauf, daß der Eisenbahnbetrieb in diesem Jahre 400 Millionen mehr als im Jahre 1921 einbringen werde. Das Ergebnis des Jahres 1921 war bereits um 600 Millionen günstiger als das des Jahres 1920. Während die Bilanz des französischen Außenhandels im Jahre 1919 einen Reibetrag von 24 Milliarden ausgewiesen hat, wird derselbe im Jahre 1922 geringer als 12 Milliarden sein. Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich übersteigt kaum 3000 Personen. (?) Die Sparkassaeinlagen weisen eine dauernde Zunahme auf. Die Staatskasse wird in diesem Jahre insgesamt um sieben Milliarden weniger ausgeben und um zwei Milliarden mehr einnehmen als im Jahre 1921.

Steigen der Einlagen bei den tschechischen Banken. Die Summe der Einlagen bei den tschechischen Aktienbanken ist — wie die „Rozhodni Listy“ melden — vom 31. Dezember 1921 bis zum 30. Juni 1922 von 2964 Millionen auf 3077 Millionen gestiegen.

Die Zuderproduktion in der Tschechoslowakei. Im Jahre 1921 waren in der Tschechoslowakei 173 Zuderfabriken und zwar: 115 Rohzuderfabriken, 46 gemischte Betriebe und 11 bloße Raffinerien. In denselben wurden im ganzen mehr als 42 Millionen Meterzentner Zudertrübe verarbeitet.

Kurse der Wänten.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	1144.00	Schw. Krant	0'18.33
Wien	1144.00	Marf	75.50
Wien	1144.00	Österr. Kr.	2500.—

Brager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1144.00	1144.00
100 Marf.	131.50	131.50
100 schweiz. Frank.	649.50	652.50
100 Lire	124.25	128.75
100 franz. Frank.	221.50	223.00
1 Pfund Sterling	197.87	199.12
1 Dollar	29.05.00	29.45.00
100 belg. Frank.	248.00	210.0
100 Dinar	42.75	43.25
100 österr. Kronen	603.62	604.62
100 poln. Kor.	627.80	637.80
100 magyar. Kronen	112.50	122.50

Zürcher Schlußkurse (Devisen).

Berlin	0'24.25	Paris	40.85.00
Wien	0'09.75	Rotterdam	22'97.00
Brno	18.35	Amst. per	0'22.00
Holland	267.55	Baran	2'00.00
New York	5'35.00	Warschau	0'05.75
London	23.64	Wien gen.	0'00.87

Kleine Chronik.

Zehn Städte durch Brand vernichtet. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ ist im nördlichen Teile des Staates Ontario ein Brand ausgebrochen, durch den sechs Städte vernichtet wurden und ungefähr hundert Menschenopfer zu beklagen sind.

Schwerer Automobilenfall. Die erste Gruppe der Reichsfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs (ADAC) auf regemaliger Straße brachte zahlreiche Niederbrüche und Unfälle. Ein Dürkopp-Wagen fuhr in den Graben und erlitt Steuerbruch, wobei der als Gast mitfahrende holländische Journalist von Haaven tödlich verunglückte.

Verhängnisvolle Naturereignisse in Georgien. Im Panner Bezirk und im Tspregis Kreis hat Mitte September ein phänomenaler Regen sehr große Verwüstungen angerichtet. Die Ueberschwemmung der Flüsse Supja und Gschudicha hat alle Häuser der Stadt Surgje fortgeschwemmt und somit die Stadt völlig zerstört. Die ganze Gegend und

übrige Eigentum der Bevölkerung ist verloren und Menschenopfer werden beklagt. Mehr als 10.000 Menschen sind obdachlos geworden. In der Nähe von Batum hat die Ueberschwemmung die Bahnhofsstationen zerstört. Die Maisernte in vier Kreisen von Gurien und Sametles ist verwüstet. Der Orkan hat Gärten und Weinberge zerstört.

Ein großer Brand in Vaku. Im Bih Sibotei Petroleumbezirk in Vaku brach ein Feuer aus, dem die ganzen Vorräte des Bezirkes zum Opfer gefallen sind. Die Sowjetpresse, die darüber berichtet, weist darauf hin, daß nur durch die heroischen Anstrengungen der Feuerwehr und der Arbeiter die benachbarten Benzintanks gerettet worden sind.

Kunst und Wissen.

Richard Schubert als Tristan und die Orchesterfrage. Es war selbstverständlich, daß Schuberts Tristan ein großer Erfolg werden mußte. Sein Auftreten in dieser Partie hat die Erwartungen sogar übertroffen, wie es eben bei einem innerlich künstlerisch veranlagten Menschen, der immer neues zu bieten hat, naturgemäß ist. Brächtig in Erscheinung, Maske und Haltung, scharf geschliffen in den herb-tragigen Treuesien der Treuen, den Liebenden, der unfagbar Liebenden, mußte bei den Qualitäten und Mitteln des Gastes eine herrliche, ergreifende Gestalt resultieren. Schubert beweist stets wieder, daß man Wagner auch „singen“ kann, ja singen muß, wenn das dramatische zur höchsten Wirkung kommen soll, daß es einen Wagnergestalt im Sinne der Not zur Tugend fähenden, den Sprechgesang als haben spunden und schreien auffassenden Delatemen nicht geben dürfe, wenn — ja wenn! die Leute zuerst das Handwerk der Stimmbildung erlernen. Wie oft hat Wagner über den Mangel an „Sängern“ geklagt! Er selbst hat es am schwersten empfunden, daß das, was die meisten „Wagnergestalten“ nennen, ein völliges Mißverstehen seiner Absicht werden mußte. — Wenn aber selbst ein Künstler und Künstler wie Richard Schubert im dritten Akt des Tristan trotz seiner unerschöpflichen Stimmmittel nicht nur unerkennbare Ermüdung zeigte sondern den Ausdruck oft opfern mußte, um überhaupt nur gegen die „Stimmen“ des Orchesters aufkommen zu können, so beweist dies (wie es jede andere Aufführung moderner Musikbräunen beweist), daß die übliche Vorfahrung neuerer Bühnenwerke bei offenem Orchester ein Unbild ist. Speziell für das Musikdrama bleibt es unabwiesliches Bedürfnis, daß das gesungene Wort verständlich ist; nicht nur vom Standpunkt des mit dem Werk weniger vertrauten Hörers, auch und viel mehr vielleicht für den gewöhnlichen Kenner, der Dichtung und Berührung im Kopfe hat, von ihr aber nur Genuß gewinnt, wenn er hört, was der jeweilige Darsteller in das Wort legt. Ist die Verständlichkeit des offenen Orchesters im allgemeinen schon unzulässig (Bühne und Zuschauerraum sind eben zwei grundverschieden wirkende Räume), so wird diese im Brager Deutschen Theater durch die verfehlte Anlage des Orchesterraumes noch sehr wesentlich, oft bis an die Grenze des Unerträglichen gesteigert. Der Regisseur liegt oder im Deutschen Theater nicht daran, daß die Orchester zu hoch oder zu tief gelegt wird, wie man irrigerweise glaubte, sondern daran, daß der Raum gegen die Bühne hin etwas überhöht und gegen den Zuschauerraum offen ist, anstatt daß es umgekehrt wäre. Auf diese Art wird niemals eine einheitliche Klangwirkung zu erzielen sein. Der Orchesterraum müßte so nahe als möglich an den „Hörschirm“ her ranne gerückt, bühnenförmig von jeder Ueberdachung befreit, auf der Zuschauerseite aber mit einer verstellbaren Tafel versehen werden. Eine derartige, ohne große Kosten durchführbare Umgestaltung würde nicht nur für die Zuhörer, sondern vor allem für die Sänger von bedeutendem Vorteil sein. Dr. J. H.

Neues Theater. Heute, den 7.: 7 Uhr abends „Tanz ins Glück“, 10 Uhr nachts „Abenteuer in Noroffo“; Sonntag, den 8.: nachmittags Arbeiterver-

Tobias Mindernidel.

Novelle von Thomas Mann.

Eine der Straßen, die von der Raigasse aus ziemlich steil zur mittleren Stadt emporführen, heißt der Graue Weg. Etwa in der Mitte dieser Straße und rechter Hand, wenn man vom Fluße kommt, steht das Haus Nr. 47, ein schmales, weißfarbiges Gebäude, das sich durch nichts von seinen Nachbarn unterscheidet. In seinem Erdgeschosse befindet sich ein Krämerladen, in welchem man auch Gummischuhe und Rizinusöl erhalten kann. Sehr man, mit dem Durchblick auf einen Hofraum, in dem sich Katzen umhertreiben, über den Fluß, so führt eine enge und ansteigende Holzstiege, auf der es unaussprechlich dumpfig und ärmlich riecht, in die Etage hinauf. Im ersten Stockwerk links wohnt ein Schreiner, rechts eine Hebamme. Im zweiten Stockwerk links wohnt ein Flickschuster, rechts eine Dame, welche laut zu singen beginnt, wenn sich Schritte auf der Treppe vernehmen lassen. Im dritten Stockwerk steht hinter Hand die Wohnung leer, rechts wohnt ein Mann namens Mindernidel, der obenreim Tobias heißt. Von diesem Manne gibt es eine Geschichte, die erzählt werden soll, weil sie rätselhaft und über alle Begriffe schändlich ist.

Das Äußere Mindernidels ist auffallend, sonderbar und lächerlich. Sieht man beispielsweise, wenn er einen Spaziergang unternimmt, seine magere, auf einen Stod gestützte Gestalt und zwar vom Kopf bis zu den Füßen. Er trägt einen olivoidischen, geschweiften und rauhen Zylinder, einen engen und altertümlichen Gehrock und im gleichen Maße schäbige Beinkleider, die unten ausgefranst und so kurz sind, daß man den Gummieinsatz der Stiefeletten sieht. Uebrigens

muß gesagt werden, daß die Kleidung aufs reinlichste gebürstet ist. Sein magerer Hals erscheint umso länger, als er sich aus einem niedrigen Klappstuhl erhebt. Das ergraute Haar ist glatt und tief in die Schläfen gerückt, und der breite Rand des Zylinderbretts beschattet ein rasiertes und sahles Gesicht mit eingesunkenen Wangen, mit einzubehenden Augen, die sich selten vom Boden erheben, mit zwei tiefen Furchen, die grämlich von der Nase bis zu den abwärts gezogenen Mundwinkeln laufen.

Mindernidel verläßt selten das Haus und das hat seinen Grund. Sobald er nämlich auf der Straße erscheint, laufen viele Kinder zusammen, ziehen ein gutes Stück Weges hinter ihm drein, lachen, höhnen, singen: „Ho, ho, Tobias!“ und jupfen ihn wohl auch am Hode, während die Leute vor die Türen treten und sich amüsieren. Er selbst aber geht, ohne sich zu wehren und scheu um sich blickend, mit hochgezogenen Schultern und vorgestrecktem Kopf davon, wie ein Mensch, der ohne Schirm durch einen Plahregen eilt; und obgleich man ihm ins Gesicht lacht, grüßt er nie und da mit einer demütigen Höflichkeit jemanden von den Leuten, die vor den Türen stehen. Später, wenn die Kinder zurückbleiben, wenn man ihn nicht mehr kennt und nur wenige sich nach ihm umsehen, ändert sich sein Benehmen nicht wesentlich. Er fährt fort, ängstlich um sich zu blicken und gedankt davonzutreiben, als fühlte er tausend höhnische Blicke auf sich, und wenn er unschlüssig und schon den Blick vom Boden erhebt, so bemerkt man das Zerberbare, daß er nicht insande ist, irgendeinen Menschen oder auch nur ein Ding mit Festigkeit und Ruhe ins Auge zu fassen. Es scheint, möge es fremdartig klingen, ihm die natürliche, sinnlich wahrnehmende Ueberlegenheit zu fehlen, mit der das Einzelsein auf die Welt der Erscheinungen blickt, er scheint sich einer jeden Erscheinung unterlegen zu fühlen, und

feine halllosen Augen müssen vor Mensch und Ding zu Boden kriechen. . . .

Was für eine Bewandnis hat es mit diesem Manne, der stets allein ist, und der in ungewöhnlichem Grade unglücklich zu sein scheint? Seine gewaltsam bürgerliche Kleidung sowie eine gewisse sorgfältige Bewegung der Hand über das Kinn scheint anzudeuten, daß er keineswegs zu der Bevölkerungsklasse gerechnet werden will, in deren Mitte er wohnt. Gott weiß, in welcher Weise ihm mitgespielt worden ist. Sein Gesicht sieht aus, als hätte ihm das Leben verächtlich lachend mit voller Faust hineingeschlagen. . . . Uebrigens ist es sehr möglich, daß er, ohne schwere Schicksalsschläge erlebt zu haben, einfach dem Dasein selbst nicht gewachsen ist, und die leidende Unterlegenheit und Blödigkeit macht den peinvollen Eindruck, als hätte die Natur ihm das Maß von Gleichgewicht, Kraft und Rückgrat verjagt, das hinlänglich wäre, mit erhobenem Kopfe zu existieren.

Hat er, gestützt auf seinen schwarzen Stod, einen Gang in die Stadt hinaufgemacht, so kehrt er, im Grauen Weg von den Kindern johlend empfangen, in seine Wohnung zurück; er begibt sich die dumpfige Treppe hinauf in sein Zimmer, das ärmlich und schmudlos ist. Nur die Kommode, ein solides Empiremöbel mit schweren Metallgriffen, ist von Wert und Schönheit. Vor dem Fenster, dessen Aussicht von der grauen Seitenmauer des Nebenbaues hoffnungslos abgeschnitten ist, steht ein Blumentopf, voll von Erde, in der jedoch durchaus nichts wächst; gleichwohl tritt Tobias Mindernidel zuweilen dorthin, betrachtet den Blumentopf und reicht an der bloßen Erde. — Neben dieser Stube liegt eine kleine dunkle Schlafkammer. — Nachdem er eingetreten, legt Tobias Zylinder und Stod auf den Tisch, setzt sich auf das grün überzogene Sofa, das nach Staud riecht, stützt das Kinn in die Hand und

blickt mit erhobenen Augenbrauen vor sich nieder zu Boden. Es scheint, daß es für ihn auf Erden nichts weiter zu tun gibt.

Das Mindernidels Charakter betrifft, so ist es schwer, darüber zu urteilen; der folgende Vorfall läßt zugunsten desselben zu sprechen. Als der sonderbare Mann eines Tages das Haus verließ und wie gewöhnlich eine Schaar von Kindern sich einfand, die ihn mit Spottrufen und Gelächter verfolgten, frauchelte ein Junge von etwa zehn Jahren über den Fuß eines anderen und schlug so heftig auf das Pflaster, daß ihm das Blut aus der Nase und von der Stirn lief und er weinend liegen blieb. Als bald wandte Tobias sich um, eilte auf den Gestürzten zu, beugte sich über ihn und begann mit milder und bebender Stimme ihn zu bemitleiden. „Du armes Kind“, sagte er, „hast du dir weh getan? du blutes! Seht, das Blut läuft ihm von der Stirn herunter! Ja, ja, wie elend du nun daliegst! Freilich, es tut so weh, daß es weint, das arme Kind! Welch Erbarmen ich mit dir habe! Es war deine Schuld, aber ich will dir mein Taschentuch um den Kopf binden. . . . So, so! Nun fasse dich nur, nun erhebe dich nur wieder. . . .“ Und nachdem er mit diesen Worten dem Jungen in der Tat sein eigenes Taschentuch umgewunden hatte, stellte er ihn mit Sorgfalt auf die Füße und ging davon. Seine Haltung und sein Gesicht zeigten in diesem Augenblicke einen anderen Ausdruck als gewöhnlich. Er schritt fest und aufrecht, und seine Brust annete tief unter dem engen Gehrock; seine Augen hatten sich vergrößert, sie hatten Manz erhalten und sahten mit Sicherheit Menschen und Dinge, während um seinen Mund ein Zug von schmerzlichem Glücke lag. . . .

(Fortsetzung folgt.)

stellung „Lohengrin“, abends Gastspiel Moissi „Leben der Reichnam“; Montag, den 9: „Samlet“ (Gastspiel Moissi).

Kleine Bühne. Heute, den 7: Gastspiel Moissi „Gespenster“; Sonntag, den 8: nachmittags „Der Wolf“, abends keine Vorstellung.

Arbeiter-Vorstellung: „Lohengrin“. Sonntag, den 8. d., halb 2 Uhr nachmittags. Kartenverkauf bei Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Druckfehler-Berichtigung. Im Schlusssatz unseres gestrigen „Faust“-Referates ist statt „Zausbruder Siebel“: „sauberer Siebel“ zu lesen.

Barbasse: „Erste Novellen“. Wie unsere Leser schon bemerkt haben dürften, ist der Schluss unserer Anzeige in der gestrigen Nummer (Seite 6, Spalte 3) durch Verbebung auf die vorhergehende Spalte 2 geraten. Wir bitten, das zur Kenntnis zu nehmen.

Bereinsnachrichten.

Vermeister- und Industrieangestelltenverband, Ortsgruppe Prag. Der Vortrag des Kollegen Friedmann muß infolge Wahlen für den Delegiertentag verschoben werden.



Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag II. Sonntag, den 8. Oktober: Ganztag: Dampferfahrt nach Jbrasklav. Abfahrt 8 Uhr Pilschlag. Führung: Gregora. — Dienstag, 10. Oktober, 7 Uhr: Besprechung des A.-Ausschusses Café Elektra. — Donnerstag, 12. Oktober. Mitgliederversammlung, 8 Uhr abends Konopischter (Stoor), Weinberge. — Samstag, den 14. Oktober: Kunstwanderung, halb 4 Uhr nachmit-

tag: Treffpunkt Stefanskirche. Verächtigung derselben und der Karlskirche unter Leitung Dr. Klein. Gäste willkommen. — Sonntag, den 15. Oktober: Ganztag nach Benešau-Konopischter. Anmelden, da Fahrpreismäßigung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

W. STANEK TEE PRAG
1106

Herausgeber: Dr. Ludwig Egech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holl.



Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Pilsnerova nam. 4. Jeden Sonntag 8 Uhr abends Zusammenkunft der Mitglieder im Café Nizza, Weinberge, Jungmannstraße.

Turnen und Sport.

Prager Wettkämpfe: Heute spielen: Viktoria Zizkow gegen Ledie Karlin, DFC gegen Deutsche Sportbrüder. — Sonntag: Meisterhaft: AC Sparta gegen WSK. Brzkovice in Brzkovice, Slavia gegen Sparta Kozise am Stablaplag; in Kladrno: Meteor Weinberge gegen Sparta Kladrno. — DFC gegen Meteor VIII, Viktoria Zizkow gegen Slavia Zizkow.

Preise tief zurückgesetzt! „MONOPOL“ Klebstoff-Werke, AUSSIG.

Vison MARGARINE

Unser Abendbrot.

Egger & Co.
Prag-Karlin, Kralovská tr. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.
Eggers Milch- und Kaffeekekarnellen,
Eggers 140er Peppermint 544
In allen Konsumvereinen erhältlich.

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.
TREFFPUNKT DER GENOSSEN.
Telephon 4854. 478

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das Beste und Billigste zur
täglichen Zahnpflege.
Erhältlich in Apotheken, Drogerien,
Parfümerien und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

In das Haus des Arbeiters gehören keine bürgerlichen Familien-Kalender, sondern jeder Arbeiter und jede Arbeiterin kaufe sich einen

Arbeiter-Taschentalender oder ein Arbeiter-Jahrbuch 1923

Preis: Taschentalender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen

Zu beziehen durch das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Seilerstraße 1. 1054

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag-Weinberge

BERSON
GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHLÉ

Ist billiger und dauerhafter als Leder
Bester Schutz gegen Kälte und Nässe

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Sonntag, den 8. Oktober, halb 10 Uhr vormittags Manifestation der jugendlichen Arbeiter im Sophienpark. Deutscher Referent Genosse Müller-Romotan. Die Prager Genossen beteiligen sich vollständig!

Sammlungsausschuss für den Monat September 1922. Parteifonds: 5. Teplitz 1600 K., 5. Brünn 1200 K., 16. Trautman 1200 K., 18. Karlsbad 1600 K., 19. Přeburg 100 K., 19. Wies 1850 K., 19. Krumm 400 K., 21. Teplitz 1000 K., 22. Bodenbad 2000 K., 22. Karlsbad 1400 K., 26. Aussig 1200 K., 29. Teplitz 50 K. — Zentralwahlfonds: 5. Teplitz 800 K., 5. Brünn 600 K., 16. Trautman 600 K., 18. Karlsbad 800 K., 19. Přeburg 50 K., 19. Wies 800 K., 19. Krumm 200 K., 21. Teplitz 500 K., 22. Bodenbad 1000 K., 22. Karlsbad 700 K., 26. Aussig 600 K.

In einer Stunde
Lesen Sie
Zur Welt
Philosophie
Wissenschaftliche
Kunstschriften
Deutsche Literatur
Physik, Chemie

Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schötker, Klamb, Lassar-Cohn u. a. — Jeder Band gebunden Kf. 1.50. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönau, 2. d. r. Hengasse 18.

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau.

In das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan.
der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei
— „Sozialdemokrat“ —

1923

Lassallekalender
1923

in besonders schöner und dezentler Ausführung durch die politischen, gewerkschaftlichen Organisationen sowie durch die Parteibuchhandlungen erhältlich!

Photokal Fabrik
photographischer Cartons und
Kalender Pankrantz & Co.,
Neuern, Böhmerwald.

REMA
die beste
Speise-Schokolade

besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.

Fabrik mediz. Verbandstoffe
Ludwig Fischer
Teplitz-Schönau. Inh. J. Schlosser

empfehl ich den p. t. Krankenkassen, Zentral-Bruderkassen und dergl. zur Lieferung sämtlicher Verbandstoffe und Watten, Gummwaren, Bandagen sowie Krankenpflege-Artikel aller Art zu konkurrenzlosen Preisen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Für Jugendurlaub und Fortbildungsschulreform demonstriert, wie in allen Orten der Republik, auch in Prag die deutsche und tschechische Arbeiterjugend. Am Sonntag, den 8. Oktober vormittags halb 10 Uhr findet auf der Sophieninsel im großen Saale eine Kundgebung statt, zu deren Besuche alle jugendlichen Genossen und Genossinnen Prags aufgefordert werden. Für den Sozialistischen Jugendverband wird Genosse Fr. Müller (Romotan) in deutscher Sprache referieren.